

Nr.

Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich  
St. A. 122 S. C. 119  
Postfach 1119

5 / 45

angefangen: ..... 19  
beendet: ..... 19

Walter Reich, GmbH.

Int. Heinz Heinrich

Heidelberg, Neue-Schloss-Str. 4

~~277~~ 1528



LEITZ  
"Rapid ES"  
Din-Quart



Kinialunen:

15. 8. 45	Kostenverhelf	RM 300. -	
2. 11. 46	"	" 200. -	
14. 11. 48	"	" 500. -	
<u>19. 11. 48</u>	<u>"</u>	<u>RM 100. -</u>	siehe Buchzug in Akt 819/48



Re 500.-

~~Rein~~ Rein

Konten f. 1947 und i. Halbjahr 1948 bejakt.  
N.V. 20.6.48.

44  
Bilg. am 14.6.48.

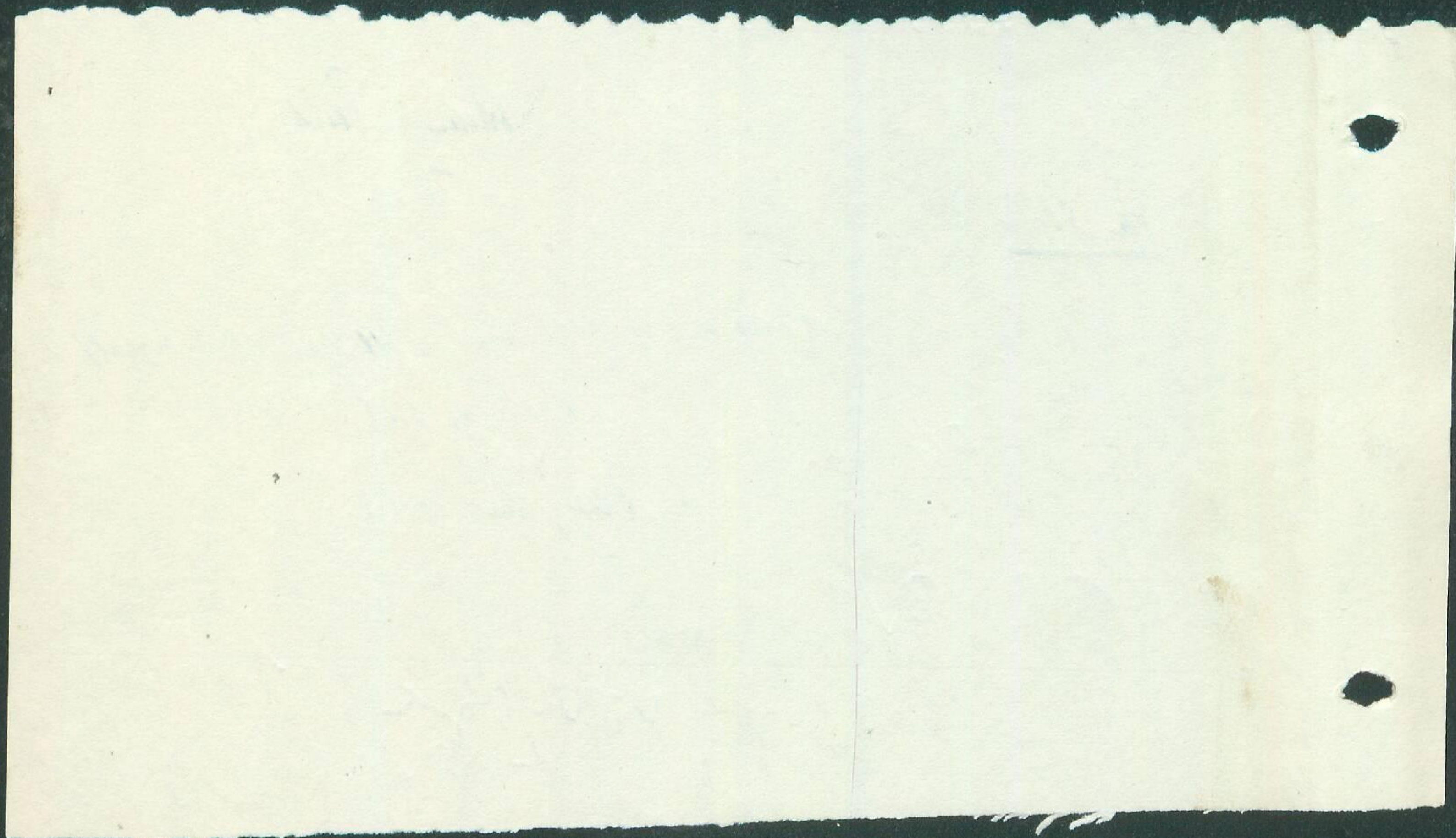
Dr. Oster

✓ Folge

4.8.48 Dr. Oster

WV 7.8.48 ✓







Heinz H e i n r i c h  
i./ **WALTER REICH**  
Fa. *Arzneimittel-Großhandlung*

Ruf: 4088

Bank-Konto: Deutsche Bank, Heidelberg

Postscheck-Konto: Frankfurt a. M. 21257

\*

HEIDELBERG, den 8. Juni 1948  
Fischmarkt 7

Herren

Rechtsanwalt Dr. Dr. h. c. Herm. Heimerich  
Rechtsanwalt Dr. Heinz G. C. Otto

H e i d e l b e r g

H./S.

Betr.: Ihr Schreiben v. 7. Juni 1948 Dr. O/M.

Sehr geehrte Herren Dr. Heimerich und Dr. Otto!

Beifolgend erlaube ich mir Ihnen, zum Ausgleich Ihrer Liquidationsgebühren, einen Verrechnungsscheck auf Süwestbank in Höhe von RM. 500,-- zu überreichen.

Indem ich Ihnen bei dieser Gelegenheit nochmals für die gehabten Bemühungen meinen Dank ausspreche, zeichne ich mit vielen Grüßen

Ihr sehr ergebener

D./Bln.

Anlage

Verrechnungsscheck

Einreichung des Verrechnungsschecks bei der  
Süwestbank Heidelberg am 10.6.48



WALTER REICH

1934



24/6. ✓  
7. Juni 1948 .  
ab 7/6.

Dr.O./M.  
- 5 -

Firma

Walter R e i c h  
Arzneimittelgrosshandlung

H e i d e l b e r g  
Fischmarkt 7.

Sehr geehrter Herr Heinrich !

Wir möchten mit Ihnen noch vor der Währungsreform über unsere bisherigen Bemühungen, soweit sie abgeschlossen sind, abrechnen . Dies bezieht sich vor allem auf die laufende Beratung Ihrer Firma , ausgenommen die noch nicht abgeschlossene Angelegenheit der Bezugsrechte bei verschiedenen Lieferfirmen und die Steuersachen , über die wir durch Fräulein Heimerich gesondert abrechnen .

Unsere Bemühungen sind für die Jahre 1945 und 1946 durch Ihre bereits geleisteten Kostenvorschüsse in Höhe von insgesamt RM 500.- abgegolten . Für das Jahr 1947 und das erste Halbjahr 1948 gestatten wir uns, Ihnen den Betrag von RM 500.- in Vorschlag zu bringen .

Mit vorzüglicher Hochachtung !

( Dr. Otto )  
Rechtsanwalt



1941

Dr. C. A. M.  
- 2 -

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941



Postscheckkonto: Berlin 160256

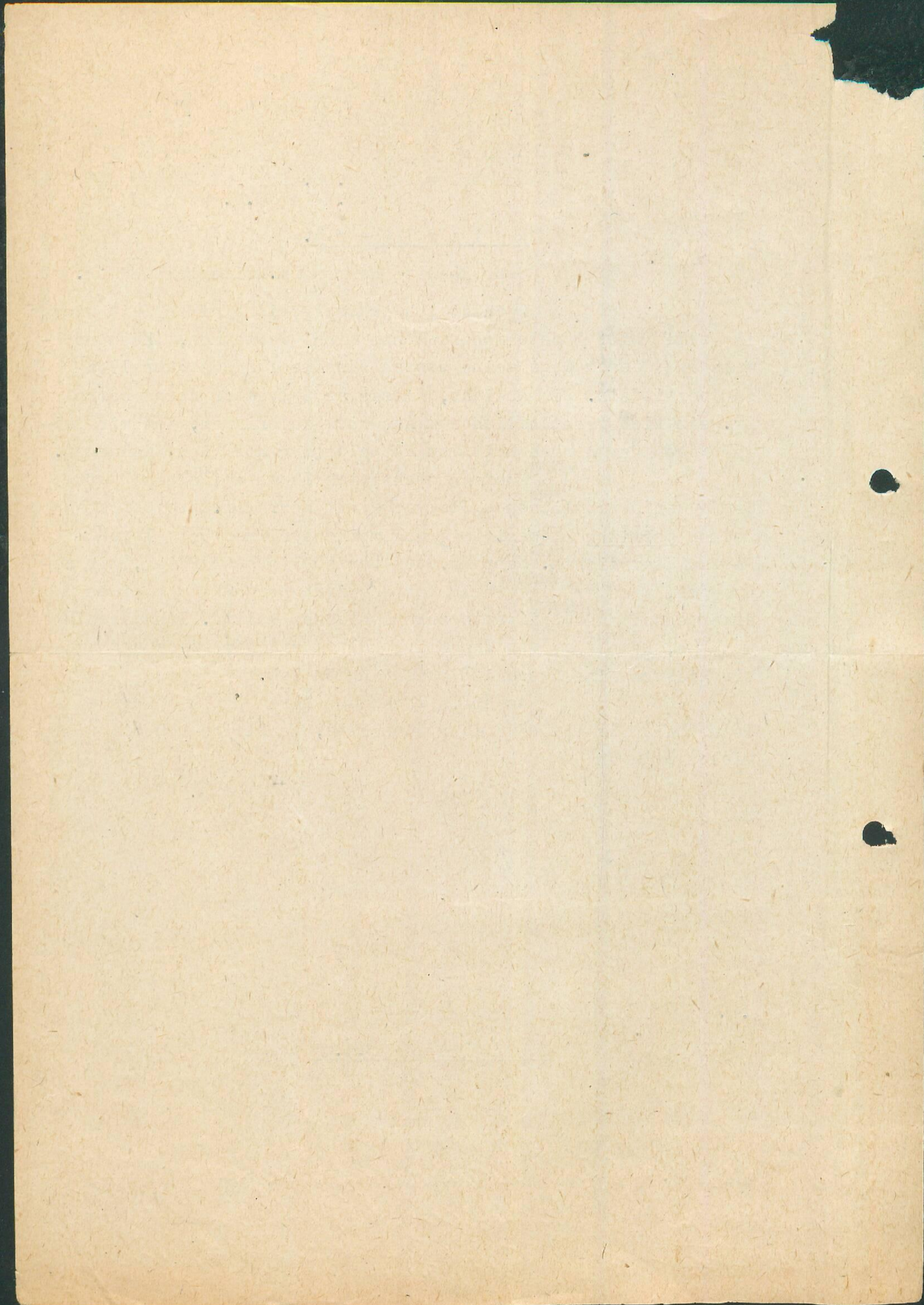
20. Jan. 1948

Heidelberg.

# Anlagen

I / 17515 vom 26.4.47







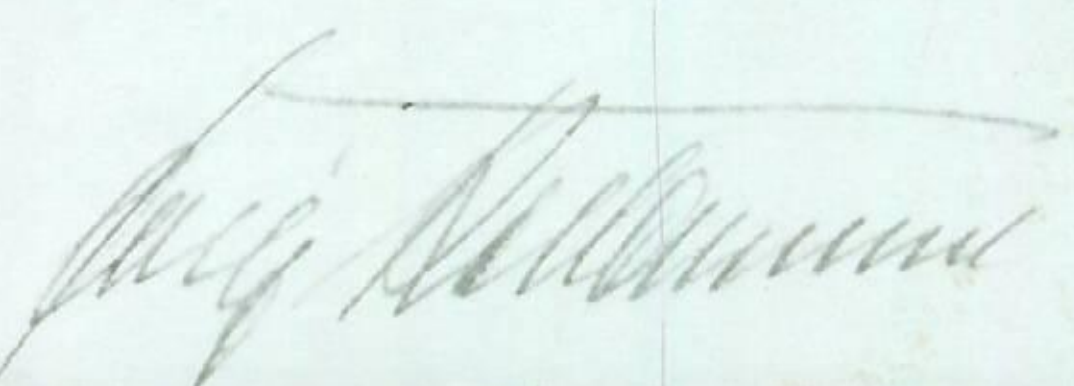
Stadt Berlin  
Bezirksamt Kreuzberg

① Berlin SW 61, den 8. Mai 1946  
Yorckstraße 10/11, Zimmer 140  
Fernruf: Sammel-Nr. 24 85 91. Hausanschluß: 213

Geschäftszeichen:

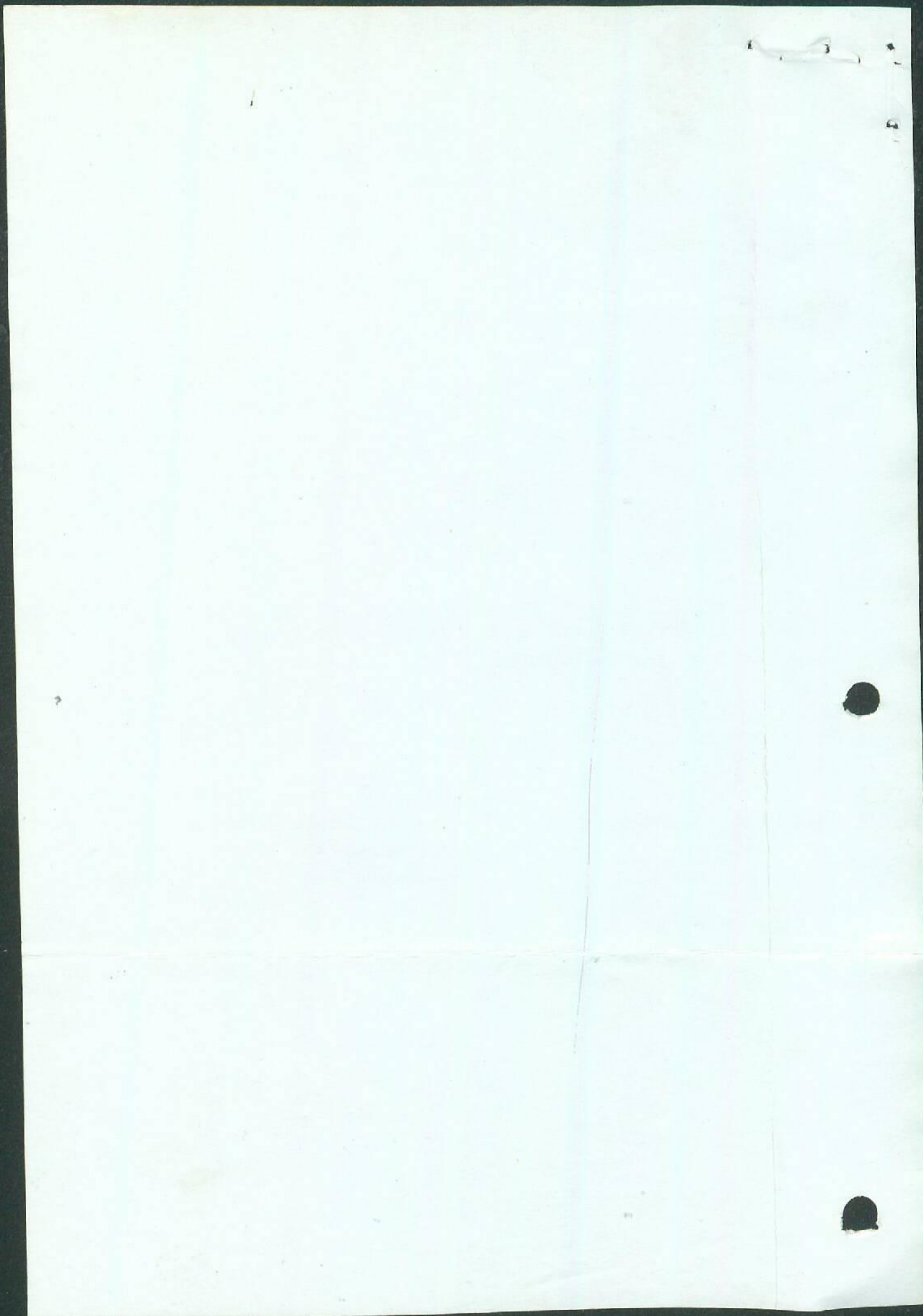
Ke/Gn.

Herrn Heinz Heinrich, Berlin SW 61, Yorckstr.  
82 I b. Arndt, wird hiermit bestätigt, dass  
sein Antrag auf Entnazifizierung in der Sit-  
zung am 27.4.1946 entschieden wurde.  
Der Antrag befindet sich jetzt beim Amerika-  
nischen Hauptquartier zur endgültigen Ent-  
scheidung.

  
Mitglied des Prüfungsausschusses

Sicherheits-  
Prüfungsausschuß  
Bezirksamt Kreuzberg







Felix Kellermann

Berlin-Tempelhof, den 8.Mai 1946  
Berliner Str.29

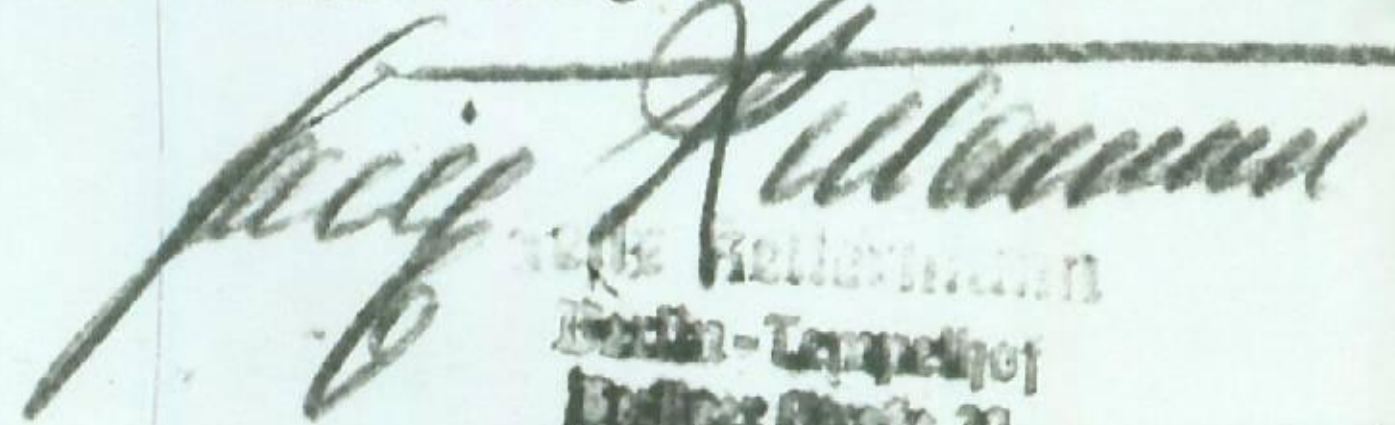
Herrn  
Heinz H e i n r i c h ,

B e r l i n SW  
York-Str. 82 I b.Arndt

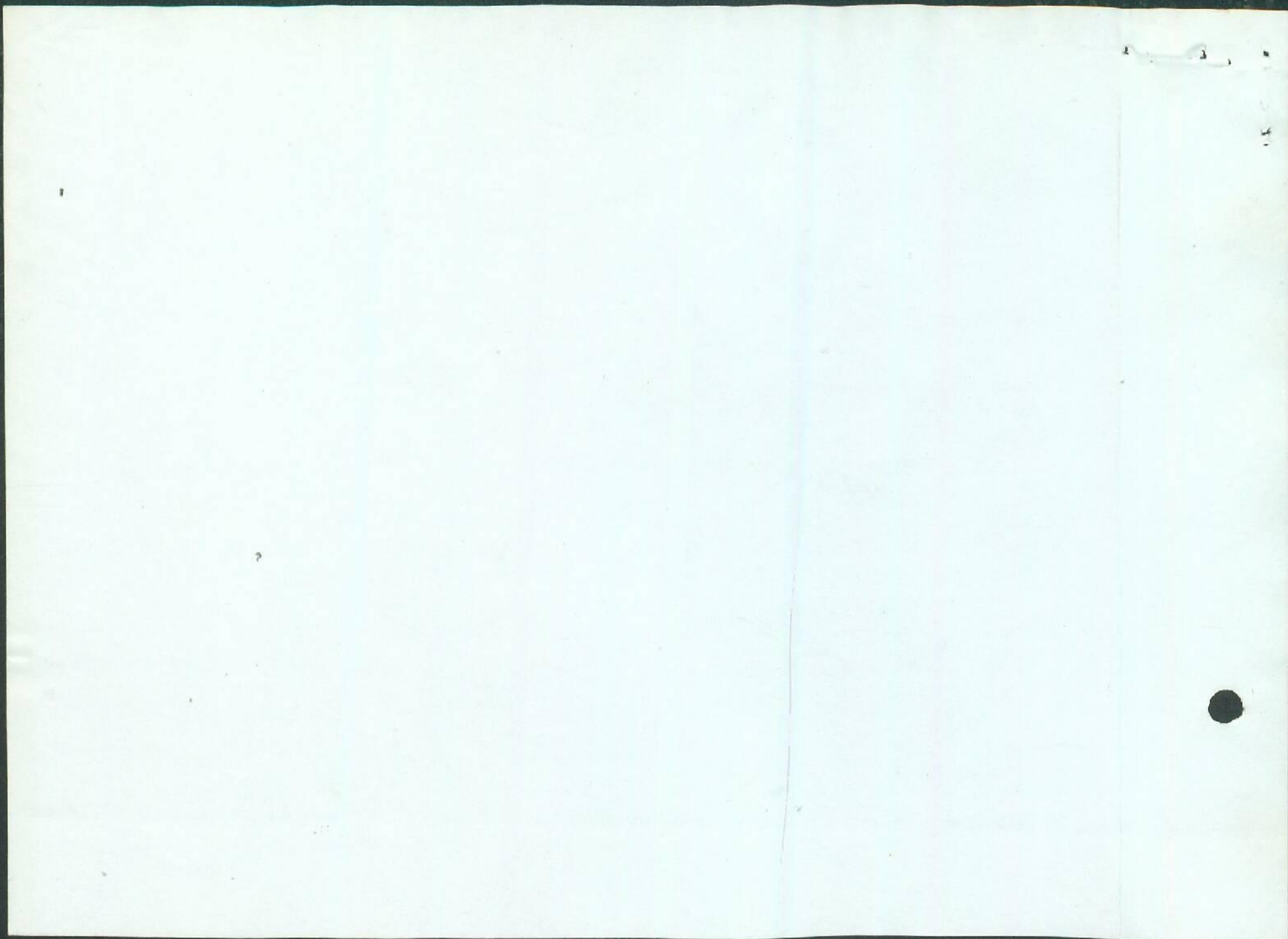
Sehr geehrter Herr Heinrich!

Als Mitglied des Sicherheits- (Entnazifizierungs-) Ausschusses  
teile ich Ihnen mit, dass Ihre Angelegenheit am 25.April 1946  
behandelt worden ist und ein Freispruch erfolgt.

Hochachtungsvoll

  
Felix Kellermann  
Berlin-Tempelhof  
Berliner Straße 29  
Berlin







Form

OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT  
BERLIN DISTRICT  
Public Safety — Special Branch

APO 755, US Army  
20 Sep 46

For.

Subject: Denazification Appeal Case No.: K-GSRB-295-701

of: Mr. HEINRICH, Heinz  
82 Yorckstr.  
Berlin SW 61

To : See Distribution.

1. In accordance with para 4, sec. (iv) of Allied Kommandatura Order BK/O (46) 102, dated 26 February 1946, this case has been reviewed by Public Safety Branch, Office of Military Government, Berlin District.
  2. The final decision in this case is indicated by check mark below:
    - a. ( ) Appeal Denied — Appellant more than a nominal Nazi.
    - b. ( ☒ ) Appeal Upheld — Appellant only a nominal Nazi.
    - c. ( ) Appeal Upheld — No evidence of Nazi Activity.
  3. The present category of the appellant, under BK/O (46) 101a, is:
    - a. ( ) Non-employment mandatory, except for position of ordinary labor.
    - b. ( ) Employment discretionary with employer.
    - c. ( ☒ ) No objection to employment.
1. Dieser Entnazifizierungsantrag ist in Ubereinstimmung mit Paragraph 4, Absatz (iv), des Befehls BK/O (46) 102 vom 26. Februar 1946 der Alliierten Kommandatur von der Public Safety Branch, Office of Military Government, Berlin District, geprüft worden.
  2. Die endgültige Entscheidung in diesem Fall ist nachstehend eingezeichnet:
    - a. Antrag abgelehnt — Antragsteller mehr als ein nomineller Nazi.
    - b. Antrag genehmigt — Antragsteller nur ein nomineller Nazi.
    - c. Antrag genehmigt — Kein Nachweis einer Nazi-Betätigung.
  3. Der Antragsteller befindet sich gegenwärtig gemäß BK/O (46) 101a in der folgenden Beschäftigungsgruppe:
    - a. Beschäftigung verboten, ausgenommen Beschäftigung als gewöhnlicher Arbeiter.
    - b. Beschäftigung vom Arbeitgeber abhängig.
    - c. Kein Einwand gegen Beschäftigung.

For the Director:

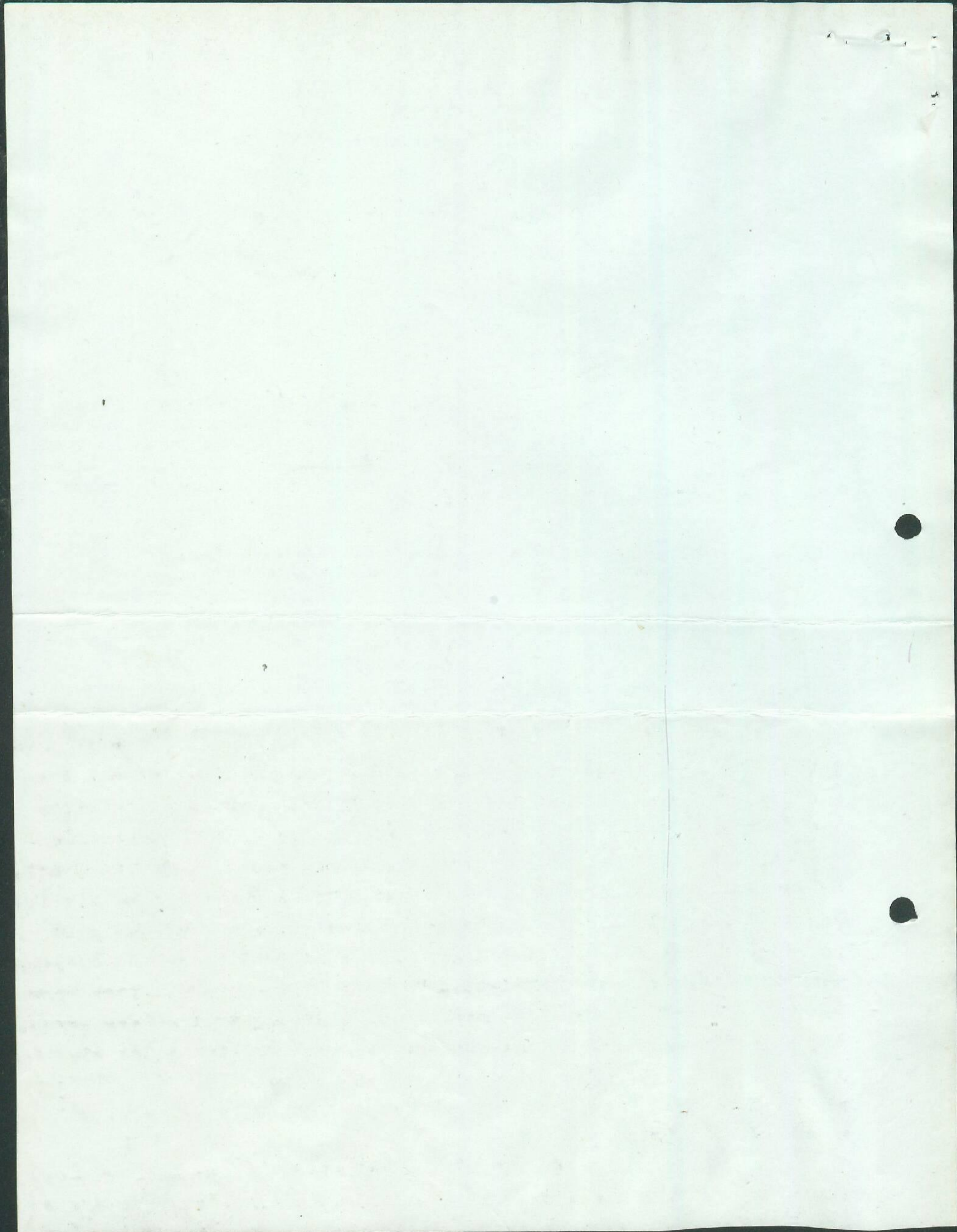


ULRICH R. GRESS  
Capt., A. C.  
Special Branch Officer

Distribution:

- ✓ Appellant — 1
- US Liaison Officer
- VBK
- Att. Denazification Comm. — 1
- MGSRB — Att. Maj. RADOSTA — 1
- Chief Manpower Branch, OMG-BD — 1
- File — 1







Abschrift

Berlin, den 2.4.1946

Wir, die Endunterzeichneten, erklären hiermit, dass wir  
mit Herrn

Heinz H e i n r i c h  
geboren am 15.10.1905

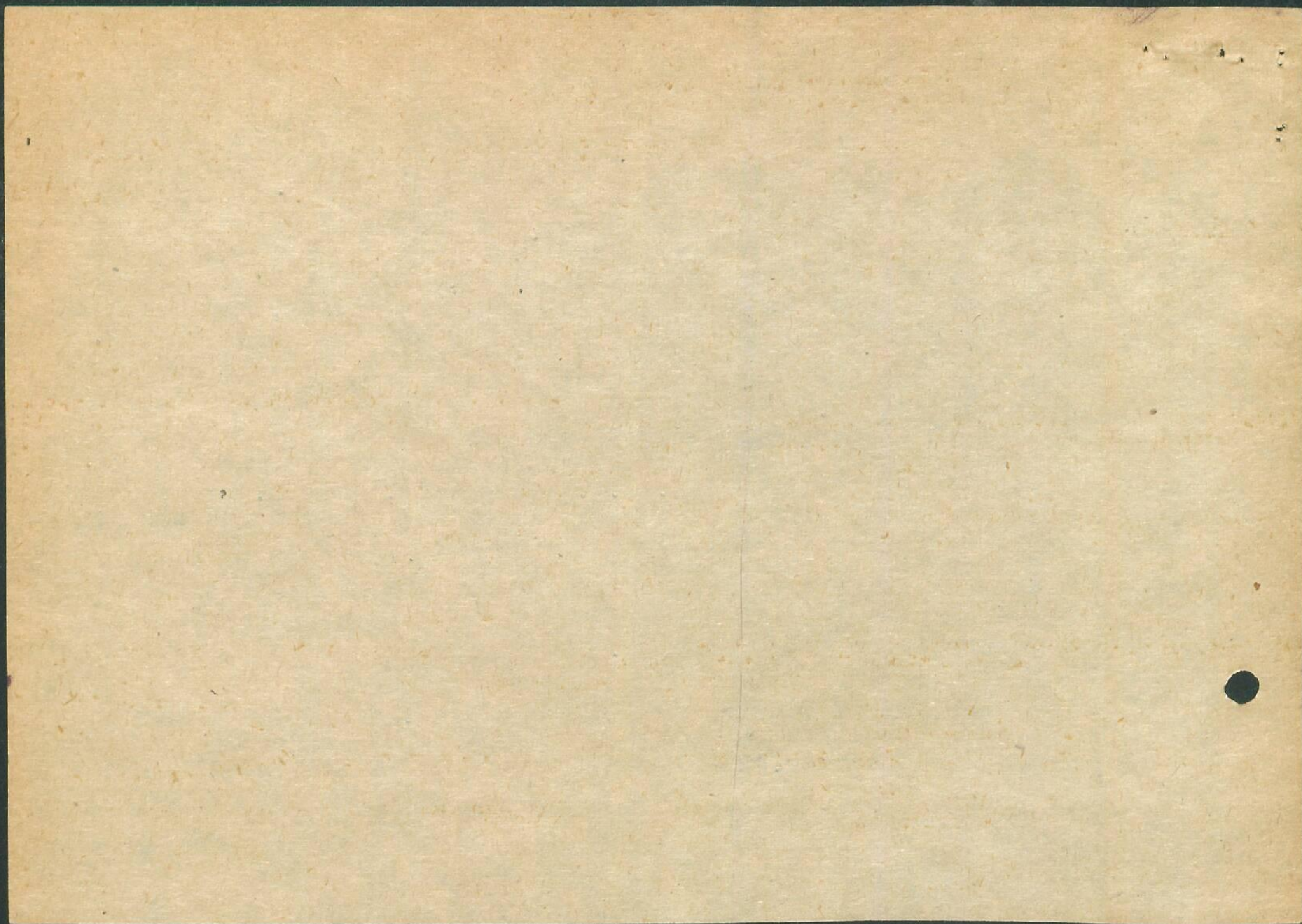
seit Jahrzehnten eng befreundet sind. Dadurch haben wir Gelegenheit gehabt, nicht nur seine geschäftliche, sondern auch seine persönliche Ansicht und Einstellung kennen zu lernen. In dieser Zeit hat er sich in keiner Weise faschistisch betätigt, sondern im Gegenteil immer seinen Gegensatz zu der Partei betont.

Auch im Hause gingen wir ein und aus und konnten ebenfalls hier dieselbe Einstellung von Herrn Heinrich und seinen Familienmitgliedern feststellen. Z.B. wissen wir, dass H. sich, soweit es irgend möglich war, für die in seinem Hause wohnenden Nichtarier eingesetzt hat. Einen gemeinsamen nichtarischen Bekannten hat er bis in die letzte Zeit vor dem Zusammenbruch mit Rat und Tat unterstützt und ihm jede denkbare Hilfe zuteil werden lassen. Sein Eintritt in die Partei ist nur auf wirtschaftlichen und persönlichen Druck erfolgt.

gez. Ernst Dettke  
Berlin N 65  
Otavistr. 42

gez. Hermann Fährmann  
Mariendorf  
Pilatusweg 12







Abschrift

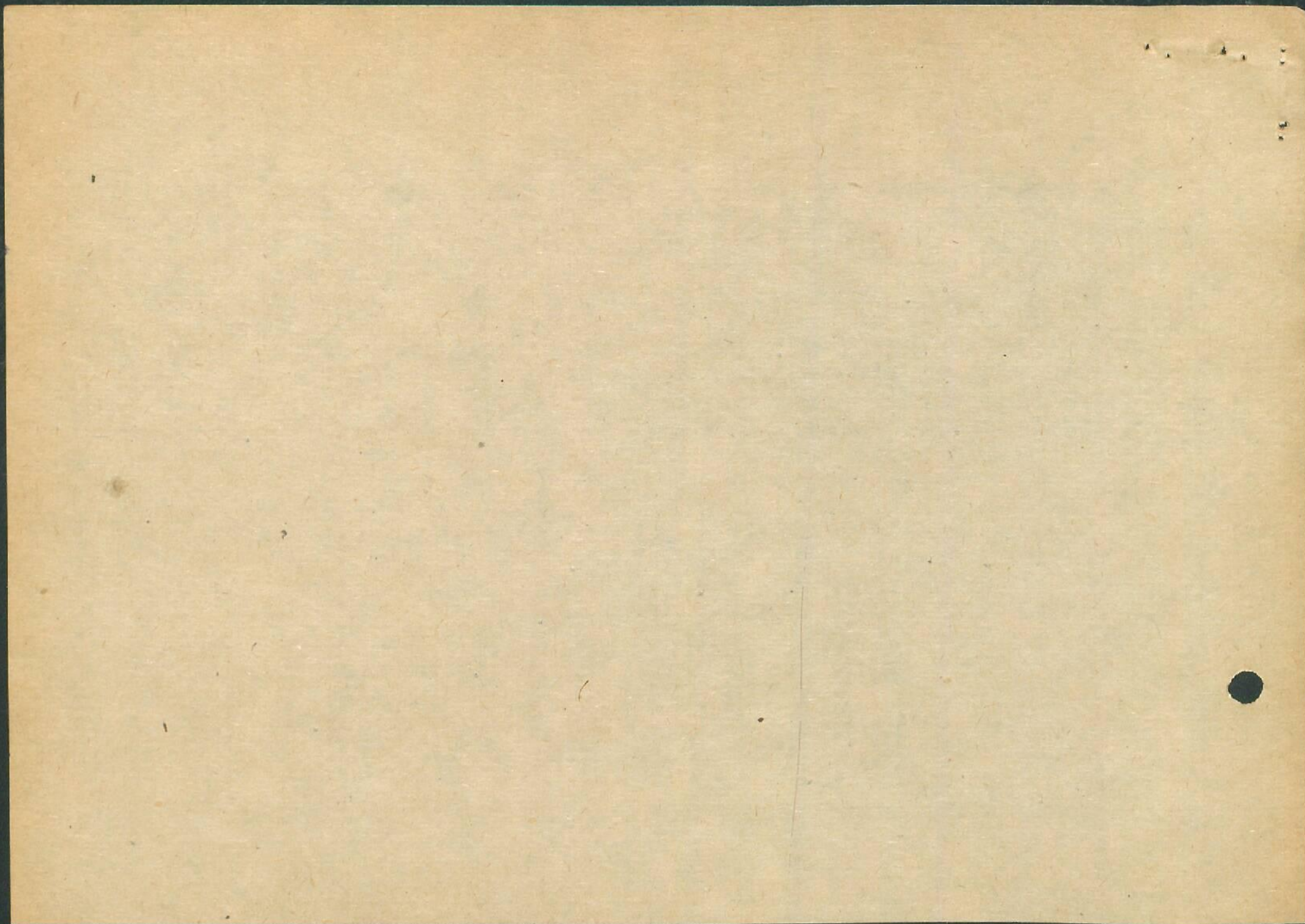
E r k l ä r u n g

Für den Betriebsinhaber meiner Firma: Herrn Heinz H e i n -  
r i c h gebe ich hiermit als langjährige Mitarbeiterin des  
Betriebes folgende Erklärung ab:  
Herr Heinrich hat sich niemals im Betriebe für die N S D A P  
eingesetzt. Im Gegenteil wurden von ihm an gemütlichen Aben-  
den zu Weihnachten etc nur abfällige Äusserungen über das  
Hitler-Regime laut. Mich, als Betriebsobmann der Firma, hat  
er von zwangsweisen DAF-Versammlungen wegen ihres politischen  
Hintergrundes zurückgehalten und im Vorladungsfalle schützend  
gedeckt. Den Hitler-Gruss gab es in der Firma nicht. Ein Hit-  
ler-Bild wurde erst auf Anordnung der DAF im Gefolgschaftsraum  
im Jahre 1942 angeschafft und aufgehängt. Dass dieses Bild dann  
im Jahre 1943 auf Grund der Hamburger Katastrophe von seiner  
Frau, die Hamburgerin ist, heruntergerissen und zertrampelt  
wurde, erwähne ich nur nebenbei.  
Ich selbst war nicht Pg. Unter Umständen würde ich meine  
Erklärung eidesstattlich aussagen.

gez. Käthe Russack  
Lichtenberg  
Pfarrstr.106

29.März 1946







Abschrift

Kurt L o h f e l d vorm. Max Pahlke -Mützenfabrikation  
Berlin NO 18, Meyerbeerstr.27/29

---

29.3.46

Auf Wunsch von Herrn Heinz H e i n r i c h  
im Hause gebe ich folgende Erklärung :

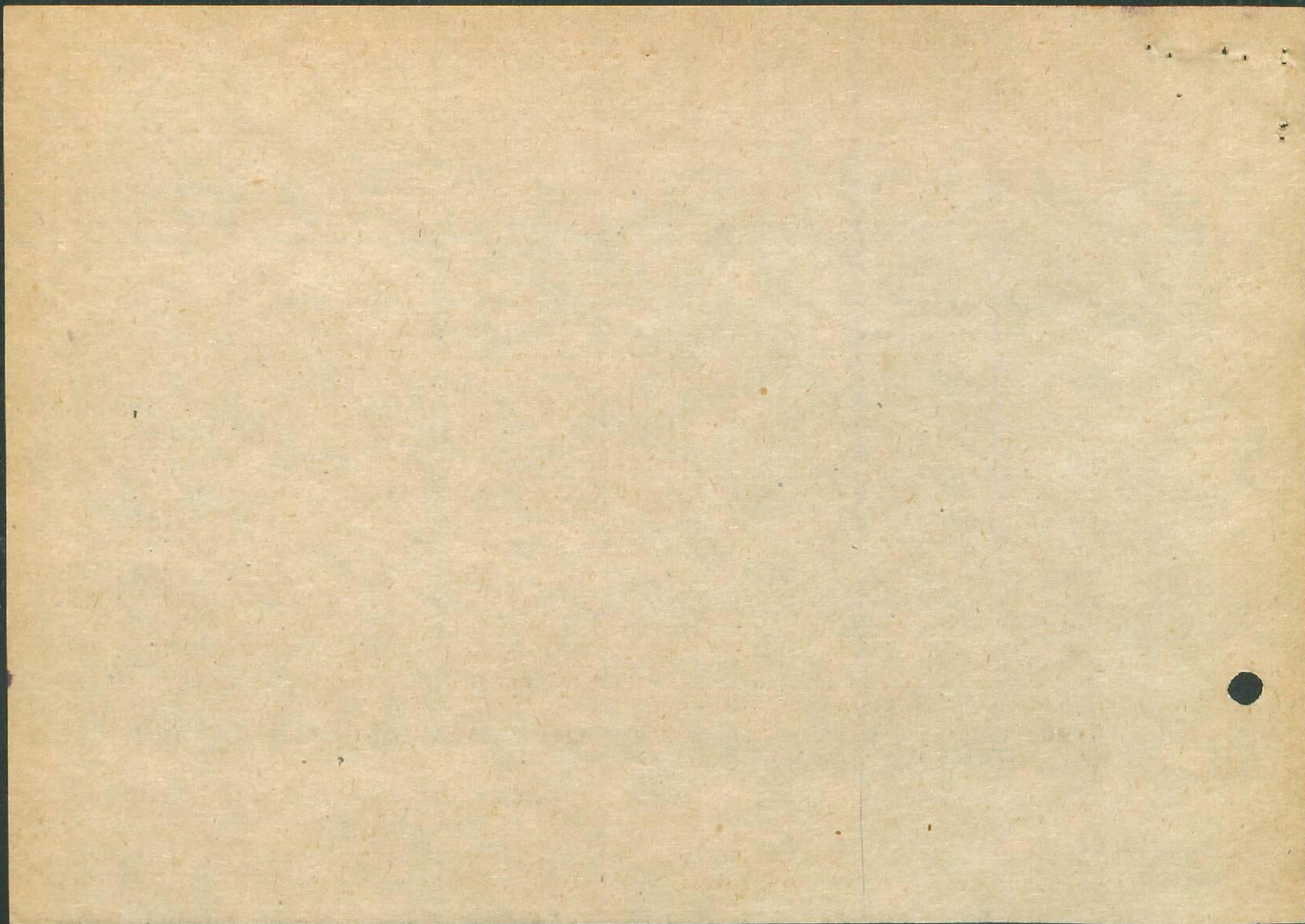
Herr Heinrich ist mir seit Jahren durch die gemeinsamen  
Geschäftsräume, die wir in der Meyerbeerstr.27/29 haben,  
bekannt. Näher lernte ich Herrn H. durch den Werkluftschutz  
kennen und kann somit die Erklärung mit bestem Wissen und  
Gewissen abgeben.

Herr H. hat sich in der Zeit vor 1945 trotz seiner Parteizuge-  
hörigkeit derart krass und abfällig über die politischen Er-  
eignisse geäußert, dass ich es für richtig hielt, ihn in  
seinem Interesse zu warnen, um nicht Schaden an seiner Existenz  
zu nehmen. Diese missbilligenden Äusserungen hatte er sehr  
häufig in Gegenwart anderer Personen getan. Dass Herr H.  
Parteigenosse war, erfuhr ich erst im Jahre 1945 durch seine  
Mutter.

Der Unterzeichnete war niemals Mitglied der NSDAP noch Mit-  
glied einer Gliederung derselben.

gez.Lohfeld







**C. Hentschel**

vorm. F. Buhl gegr. 1885

**Drogerie-Parfümerie-Foto Haus**

Chem. pharm. Laboratorium

Berlin NO 55, Greifswalder Str. 1

Berlin, den 29. März 1946

Folgende Erklärung gebe ich hiermit über und für  
Herrn Heinz H e i n r i c h ab:

Seit Übernahme meiner Drogerie in der Neuen Königstrasse 85 im Jahre 1928 ist mir Herr Heinrich bestens bekannt. Als Enkel der seinerzeitigen Hausbesitzerin Frau Bertha Brunzlow in der Neuen Königstrasse war Herr Heinrich nicht nur Kunde sondern auch Lieferant von mir. In den Häusern des Herrn H. wohnten ausschliesslich nur Juden, die sowohl infolge seiner politischen wie rassenmässigen Einstellung nur das beste Zeignis über ihn ablegen können und abgelegt haben. Da Herr Heinrich nicht nur kein Parteiabzeichen trug, sondern auf Grund seiner Meinungsäusserungen bei mir im Geschäft und seiner steten Hilfsbereitschaft gegenüber der in seinem Hause wohnenden Juden mir nur als Antinazi bekannt war, war ich umso erstaunter als sich beim Umbruch herausstellte, dass Herr Heinrich Pg. gewesen ist.

Ich kann auf Grund meiner langjährigen nachbarlichen Beziehungen zu Herrn H. und seiner Familie nur bezeugen, dass Herr H. gemäss seiner Taten und Reden sich nicht nur nicht politisch betätigt, sondern im Gegenteil in jeder Weise seine gegen das Nazi-Reich gerichtete Einstellung stets bekundet hat.

*C. Hentschel*







# Wettiner-Apotheke

Pharmacie internationale

PAUL GOTTSCHICK

Allopathie

/

Homöopathie

/

Biochemie

/

Drogen

/

Chemikalien

In- und ausländische Spezialitäten

BERLIN-WILMERSDORF, den 27. März 1946.  
Güntzelstr. 61 Ecke Prinzregentenstr. (Nähe Kaiserallee)

Über Herrn Heinz H e i n r i c h, geb.: 15./X.  
1905 zu Berlin - Inhaber der Firma Walter Reich - gebe ich hiermit  
folgende Erklärung ab:

Ich bin nicht nur seit ca. 15 Jahren mit Herrn  
Heinrich eng befreundet, sondern ich bin gleichzeitig als Apotheken-  
Inhaber auch sein Kunde. Infolgedessen bin ich sowohl mit seinen pri-  
vaten wie geschäftlichen Gepflogenheiten allerbestens vertraut.

Auf Grund der langjährigen persönlichen und  
geschäftlichen Freundschaft mit Herrn H. kann ich nur feststellen,  
dass Herr H. mir als ausgesprochener Antinazi bekannt ist, der infol-  
ge der ihm seinerzeit bereiteten Misshelligkeiten zwangsweise nach  
Beratschlagung mit mir und meinen jüdischen Freunden der Partei bei-  
getreten ist. Es ist hierdurch nicht im geringsten in seiner Einstel-  
lung ein Wandel eingetreten, sondern im Gegenteil habe ich nur die  
Feststellung gemacht, dass Herr H. nunmehr noch mehr denn je unter  
dem Schutz als angeblicher Parteigenosse seine klar widerlegende  
Meinungsausserung über das Hitler-Regime zum Ausdruck gebracht hat.  
Seine antifaschistische Auffassung hat Herr H. besonders in die Tat  
umgesetzt, wenn es sich darum handelte, arme jüdische Patienten zu  
unterstützen. Stets habe ich daher mit seiner Hilfe rechnen können,  
wenn ich Arzneimittel benötigte, die sonst überhaupt kaum noch vor-  
handen, in diesen Fällen aber noch ohne Vergütung zu besorgen waren.  
Seine persönliche und private Einstellung zum Dritten Reich hat sich  
auch, wie ich immer feststellen konnte, auf seine ganzen Mitarbeiter  
übertragen. Pgs. beispielsweise wurden in seinem Betriebe prinzipiell  
nicht beschäftigt.

Ich kann Herrn Heinrich nur das einzige Leumunds-  
zeugnis ausstellen, dass er mit allen ihm heimlich zur Verfügung stehen-  
den Mitteln stets, so weit es ihm möglich war, versucht hat, dem Nazi-  
System entgegenzuarbeiten.

Wettiner-Apotheke

Paul Gottschick  
Berlin-Wilmersdorf  
Güntzelstr. 61 (Ecke Prinzregentenstr.)  
Nähe Kaiserallee



Dass ich weder Parteigenosse noch überhaupt irgend  
einer Gliederung angehört habe, erwähne ich der Ordnung halber noch.  
Desgleichen erkläre ich mich bereit, meine vorstehend gemachten An-  
gaben zu jeder Zeit unter Eid zu wiederholen.



Else Friedlaender  
Bln.-Wilmersdorf,  
Hindenburgstr. 98

den 23. 3.46.

Hiermit erkläre ich, dass ich Herrn Heinz Heinrich seit seinem 10. Lebensjahr gut kenne, da mein Mann und ich mit seinen Eltern sehr befreundet waren und fast täglich im Hause verkehrten. Daher ist mir seine politische Einstellung durchaus bekannt, und weiss ich positiv aus eigener Erfahrung, dass er ein grosser Gegner des nationalsozialistischen Regimes war, was ja auch durch das Freundschaftsverhältnis- mein Mann ist Nichtarier,- mit uns, das bis zum heutigen Tage besteht, dokumentiert wird. Der derzeitige Eintritt in die Partei war, wie mir bekannt ist, nur zwangsweise erfolgt und hat an seiner politischen Einstellung nichts geändert.

Ich bin jederzeit bereit, die von mir gemachten Angaben zu bezeugen.

*Else Friedlaender*







A b s c h r i f t !

Emma Springer  
Bln. - Wilmersdorf  
Lauenburgerstr. 10.

Bln.-Wilmersdorf, den 26./III.46.

Hiermit gebe ich folgende Erklärung für Herrn  
Heinz H e i n r i c h , geboren am 15./X.1905 zu Berlin ab:

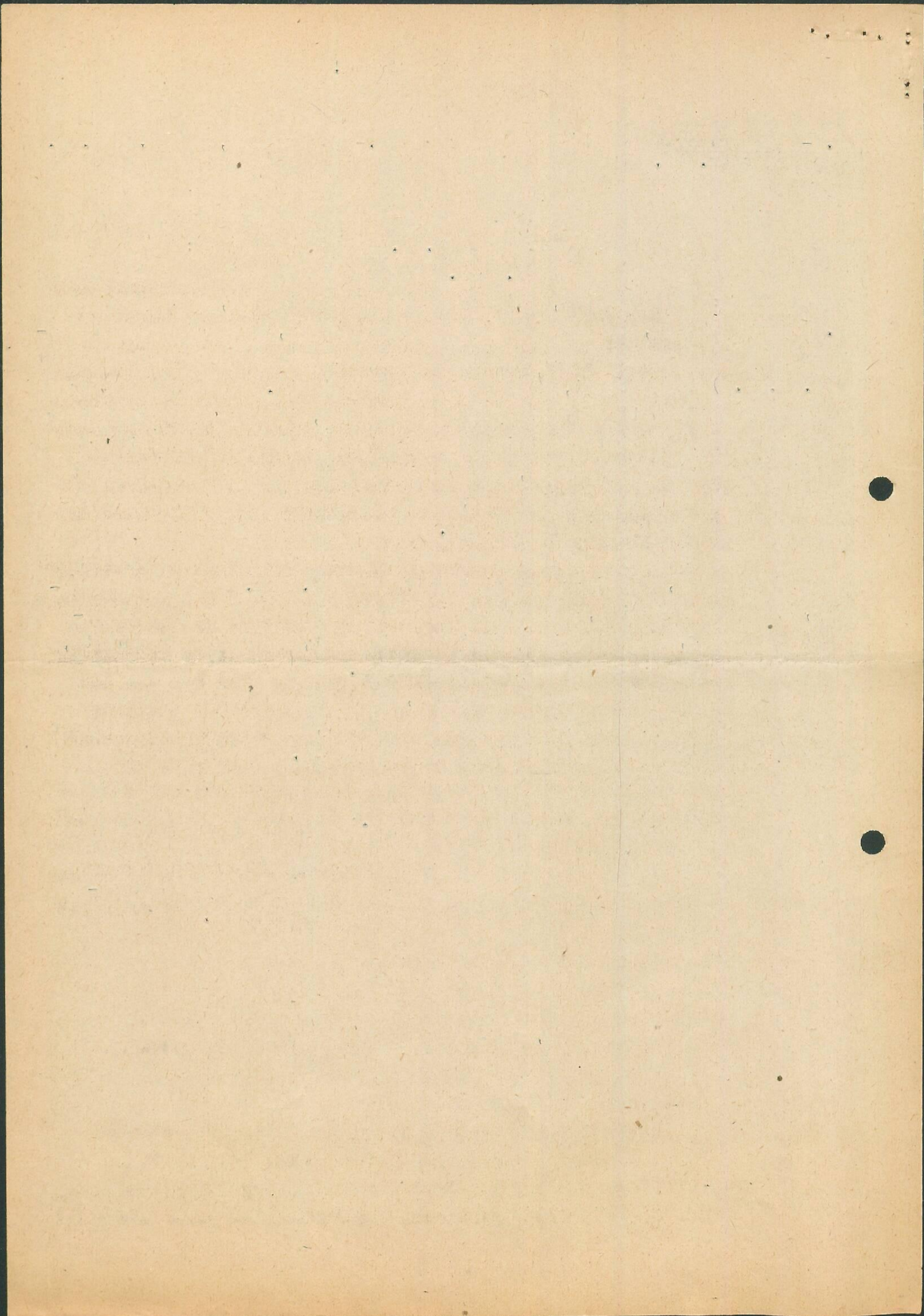
Am 7./XII.1936 trat ich in die pharmazeutische  
Grosshandlung: Walter Reich, Besitzer Herr Heinz Heinrich, als Lageristin  
ein. Herr Heinrich, welchen ich davon unterrichtete, dass mein Mann im No-  
vember desselben Jahres aus politischen Gründen ( illegale Mitgliedschaft  
der K. P. D. ) in Haft sei, stellte mich trotzdem ein. Im Laufe meiner  
fünfjährigen Tätigkeit hatte ich oft Gelegenheit, mit Herrn Heinrich über  
die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der damaligen Zeit zu  
diskutieren und ich muss sagen, dass Herrn Heinrichs politische Ansicht  
alles, andere als nazifreundlich war, unsere Gespräche wären für Gestapo-  
Ohren bestimmt nicht geeignet gewesen.

Erst nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes  
habe ich erfahren, dass Herr Heinrich seit 1935 Pg. war. Ich habe nie be-  
merkt, dass Herr Heinrich, welcher täglich von morgens bis abends im Ge-  
schäft tätig war, sich für die Partei betätigt hat, weder noch versuchte,  
unsere Belegschaft nazistisch zu beeinflussen.

Herr Heinrich, den ich als vitalen Menschen  
und activen Kaufmann kenne, ist bestimmt bestrebt, am Wiederaufbau unserer  
Vaterstadt Berlin im positiven Sinne mitzuarbeiten.

gez.: Emma Springer  
anerkant als Opfer des  
Faschismus vom Hauptaus-  
schuss Berlin.







Friedrich J a f f é,  
Kirchbäcker, Havel,  
Lindenstrasse 5

### Erklärung

Zur Vorlage bei den zuständigen Stellen erkläre ich folgendes:

Seit 1922 bin ich mit Herrn Heinz H e i n r i c h, geboren am 15. 10. 1905 zu Berlin eng befreundet. Ich habe seit dieser Zeit ununterbrochen in seinem Elternhaus Gastfreundschaft genossen, wie auch umgekehrt. Alle Wirrnisse der Nachkriegszeit wie Inflation, Deflation usw. haben wir gemeinsam erlebt. In Zeiten der Arbeitslosigkeit haben wir wechselseitig in den Betrieben unserer Eltern bzw. Grosseltern gearbeitet. So war z. B. Herr Heinrich vom Jahre 1928 ab in dem Geschäft meines Vaters Hugo J a f f é, Bankkommissionengeschäft, ca. 1 1/2 Jahre tätig, während ich von Mitte 1933 bis Mitte 1934 in Betriebe meines Freundes beschäftigt war, nachdem ich als Halbjude am 30. 6. 1933 bei dem Landesfinanzamt Berlin auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen worden war. Mein Freund hat sich in dieser schweren Zeit sehr unterstützt und mit allen Mitteln versucht, die materielle und seelische Notlage, in der ich mich befand, zu beheben. Das blieb auch in den folgenden Jahren stets unverändert. In nicht wenigen Fällen, in denen ich durch öffentliche Massnahmen in meiner Existenz bedroht war, konnte ich jederzeit auf seine Hilfe rechnen.

Schon aus dieser kurzen Darstellung ergibt sich, dass meine politische Einstellung absolut gegen das seit 1933 herrschende Regime gerichtet war. Wir waren und sind beide stets überzeugte Antimilitaristen gewesen und sind daher nie in irgend welchen Organisationen tätig gewesen, die zu dem Zustand von 1933 geführt haben.

Mein Eintritt in die NSDAP. im Jahre 1935 änderte nichts an meiner Gesinnung, die ich eben schilderte.

Abgesehen davon, dass die Abstammung der mütterlichen Grossmutter, einer geborenen Engelmann, ihn persönlich ver-

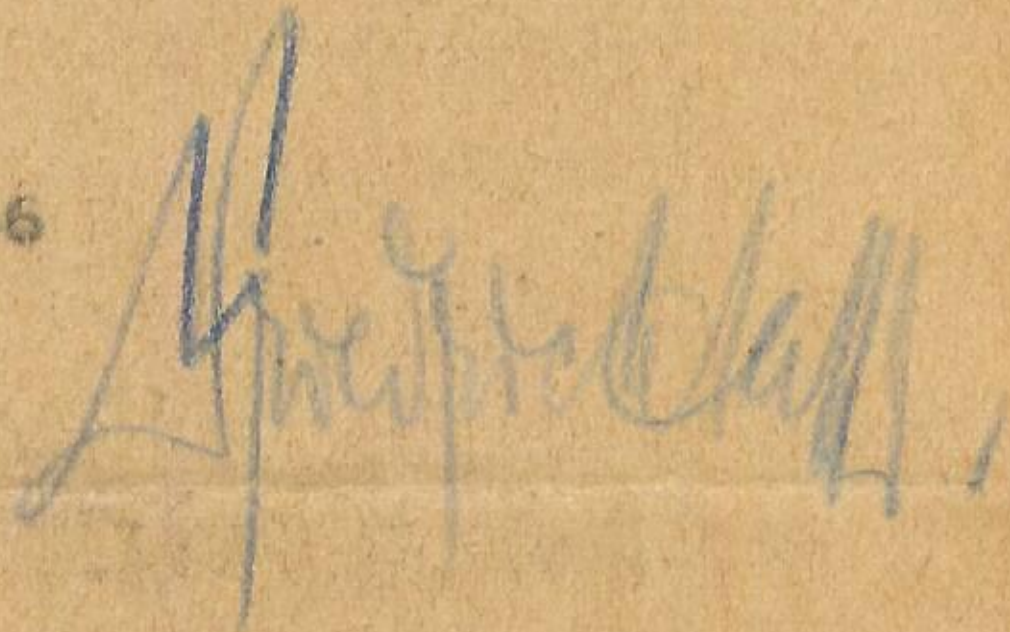


schlecht machte, nach den Nürnberger Gesetzen nicht Vollerwerber zu sein, war die Lage für ihn als Unternehmer in der Arzneimittelbranche sehr schwierig. Konzerne wie I.G. Farben, Merck und Schering haben das am 1. 1. 1932 übernommene Unternehmen ebenso bekämpft, wie die parteigebundenen Großfirmen der Konkurrenz. Gerade im Gesundheitswesen hat man ja bekanntlich die Parteizugehörigkeit besonders verlangt. Das war der Hauptgrund, warum ich persönlich in dem Unternehmen bis zum Zusammenbruch des Naziregimes nicht offiziell mitarbeiten konnte.

Im Bedarfsfalle werden gemeinsame Freunde bestätigen können, dass diese Darstellung den vollen Tatsachen entspricht.

Ich selbst bin bereit, jederzeit meine Angaben eidesstattlich zu erklären.

Kirchmöser, den 23. Februar 1946





Hildegard R e e t z  
Berlin N58, Wörther Str.2

Berlin, den 21. März 1946

Irmgard T i l l m a n n  
Berlin-Weissensee, Sedan Str.92

### E r k l ä r u n g

Als langjährige Angestellte der Firma W a l t e r R e i c h  
möchten wir hierdurch versichern, dass unser Chef, Herr H e i n z  
H e i n r i c h, trotz Zugehörigkeit zur NSDAP, in keiner Weise zu  
Gunsten der Partei tätig war. Der Betrieb und die Führung der  
Angestellten waren nicht im geringsten nationalsozialistisch.

Der "Deutsche Gruss" wurde gänzlich vermieden.

Wir haben miterlebt, dass der Holländer Josephus K e r k h o f  
aus Arnheim, der als Zivilarbeiter in Deutschland und als Fahrer in  
der Firma beschäftigt war, bei einem Fluchtversuch, um in seine Heimat  
zu kommen, gefasst wurde und ins K.Z. kam. Trotz grösster Schwierig-  
keiten war es Herrn Heinrich gelungen, ihn von der Haft zu befreien,  
wonach er dann wieder in der Firma tätig war.

Da wir schon in der Firma gelernt haben, würde es uns sehr leid tun,  
unsere Chef wegen seiner Parteizugehörigkeit, die nur zwangsmässig  
war, denn er war seiner ganzen Handlungsweise nach niemals ein  
Anhänger der nationalsozialistischen Regierung, zu verlieren.  
Nötigenfalls sind wir bereit, unsere Angaben eidesstattlich zu  
bekräftigen.

*Hildegard Reetz*

*Irmgard Tillmann*



1

The first part of the paper is devoted to a discussion of the general principles of the theory of the structure of the atom. It is shown that the structure of the atom is determined by the laws of quantum mechanics, and that the structure of the atom is determined by the laws of quantum mechanics.

The second part of the paper is devoted to a discussion of the general principles of the theory of the structure of the atom. It is shown that the structure of the atom is determined by the laws of quantum mechanics, and that the structure of the atom is determined by the laws of quantum mechanics.



Ich gebe für Herrn Heinz H e i n r i c h,  
geb.: 15./X.05 zu Bln. hiermit folgende Erklärung ab :

Mit Herrn H. bin ich seit ca. 25 Jahren bestens bekannt. Hierdurch bin ich mit der Einstellung desselben sowohl wie mit der Einstellung des Elternhauses genauestens vertraut, die stets antifaschistisch gewesen ist.

Seit Jahren bin ich jetzt in der Firma des Obigen als Lagerarbeiterin tätig und nur durch das Kriegsende habe ich nunmehr festgestellt, dass Herr H. wirklich Pg. gewesen ist. Abgesehen davon, dass Herr H. niemals ein Parteiabzeichen getragen hat, waren seine Meinungsäusserungen stets derartig antifaschistisch, dass nie anzunehmen war, dass Herr H. jemals der Partei angehört haben könnte. In der Firma war bis lange während des Krieges niemals ein Hitlerbild vorhanden; bis bei einer Prüfung durch die D.A.F. das Fehlen eines solchen im Gefolgschaftsraum beanstandet und dessen sofortige Anschaffung angeordnet wurde.

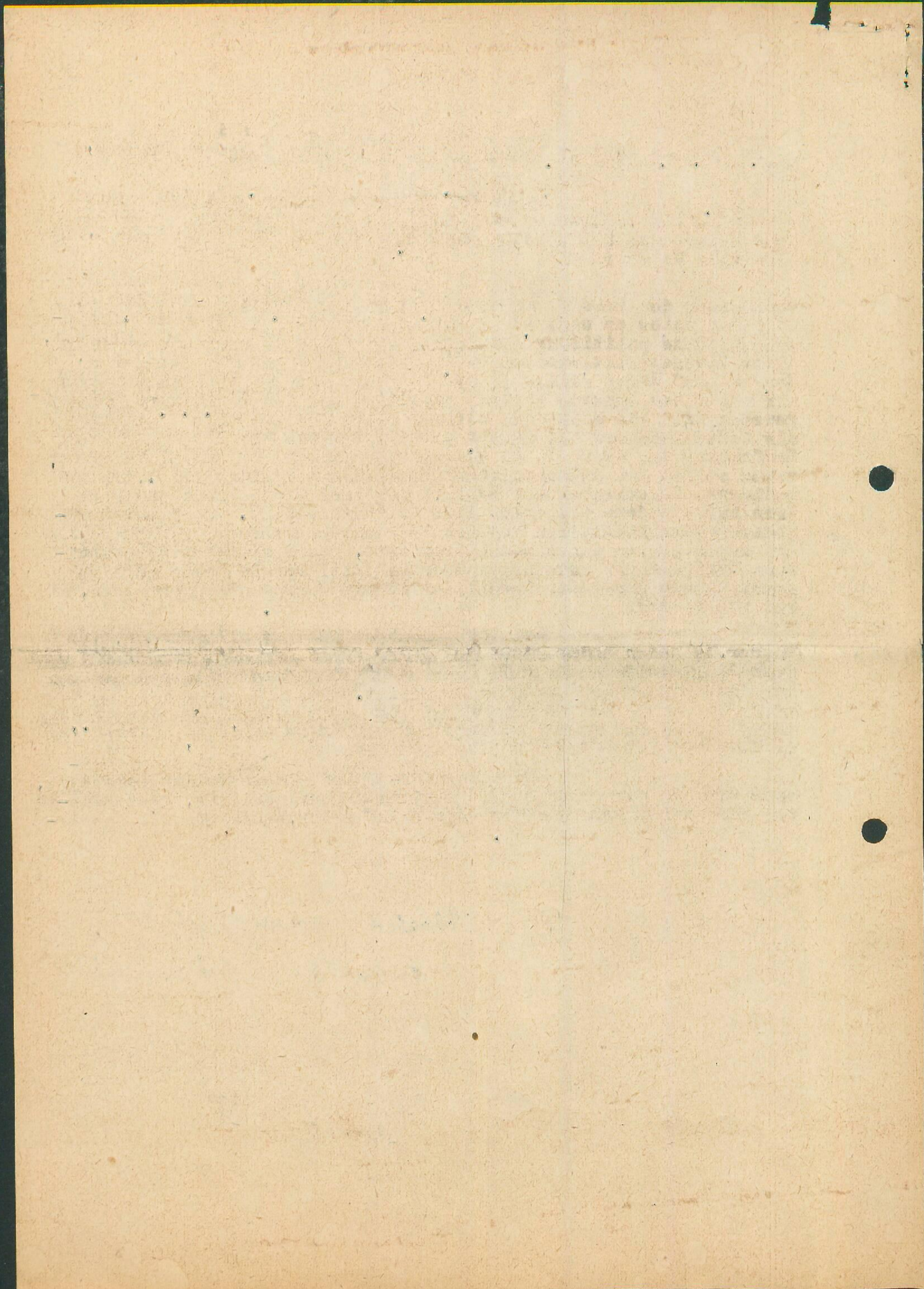
Nach meinen Feststellungen hat Herr H., trotz seiner sich aussetzenden Gefahr, immer nach Möglichkeit jüdische Familien mit Arzneimitteln aller Art unterstützt. Von den ihm gemachten Schwierigkeiten auf Grund seiner und seiner Grossmutter: Frau Brunzlow, in deren Hause er wohnte, geäusserten antifaschistischen, auffälligen Redensarten über den Hitlerismus sowie infolge Begünstigung der fast ausschliesslich im Hause wohnenden Juden, bin ich beiläufig ebenfalls bestens orientiert.

Von mir aus kann nur festgestellt werden, dass Herr H. in unserem Betriebe stets gemäss seiner Äusserungen und seiner allgemeinen Einstellung allen seinen Mitarbeitern gegenüber nur als Nazigegner bekannt gewesen ist.

Es wäre daher ungerechtfertigt, wenn Herrn H., dessen Beitritt zur Partei, wie mir jetzt bekannt wird, im Jahre 1935 aus Gründen der Tarnung und persönlichen Hilfeleistung seiner Familie gegenüber wegen der für-jüdischen Einstellung erfolgte, nunmehr auf Grund dieses seinerzeit getanen Schrittes, dessen Ausweg ihm wohl allein nur übrig geblieben war, heute erneute Schwierigkeiten erwachsen würden.

Elisabeth Marquardt geb. Korth  
Berlin-Wilmersdorf Kaiserpl. 8







A b s c h r i f t !

Für Herrn Heinz H e i n r i c h, geboren  
an 15. Oktober 1905 in Berlin gebe ich hiermit folgende Erklärung  
ab:

Meine Frau und ich wohnen seit 1930 also  
14 Jahre bis zu unserer Ausbombung im Hause der Frau Bertha Brunz-  
low: Meyerbeerstr. 26, dessen Hausverwalter der Enkel der Vorgenann-  
ten: Herr Heinrich war.

Sowohl in diesem Hause, wie auch in den Ne-  
benhäusern der Frau B. wohnten fast ausschliesslich nur Juden, die  
in jeder Weise so weit es irgend möglich war von Herrn H. geschützt  
wurden. Eine politische Betätigung des Herrn H. habe ich nicht nur  
nicht festgestellt, sondern im Gegenteil kann ich nur sagen, dass  
Herr H. auf Grund seiner Einstellung und Meinungsäusserung sowohl  
mir wie allen anderen Mietern gegenüber nur als Nazigegner bekannt  
gewesen ist. Ich kann mich hierbei nicht nur auf meine Tätigkeit  
als Luftschutzwart des Hauses stützen, sondern auf die allgemeine  
Handhabung des Herrn H. im grossen und ganzen. So wurden beispiels-  
weise selbst bei entsprechenden Anordnungen niemals vom Hause aus  
geflaggt. Desweiteren hat Herr H. speziell meine Interessen, wie  
auch insbesondere die einer noch im Jahre 1943 im Hause wohnenden  
jüdischen, ausländischen Familie wahr genommen, indem er einen alten  
Pg. wegen seiner dauernden Anrempelungen gegen mich, der ich eben  
kein Nazi war und auch hauptsächlich gegen die im Hause noch woh-  
nenden Juden trotz der Gefahr, der er sich damit aussetzte, aus dem  
exmittiert hat.

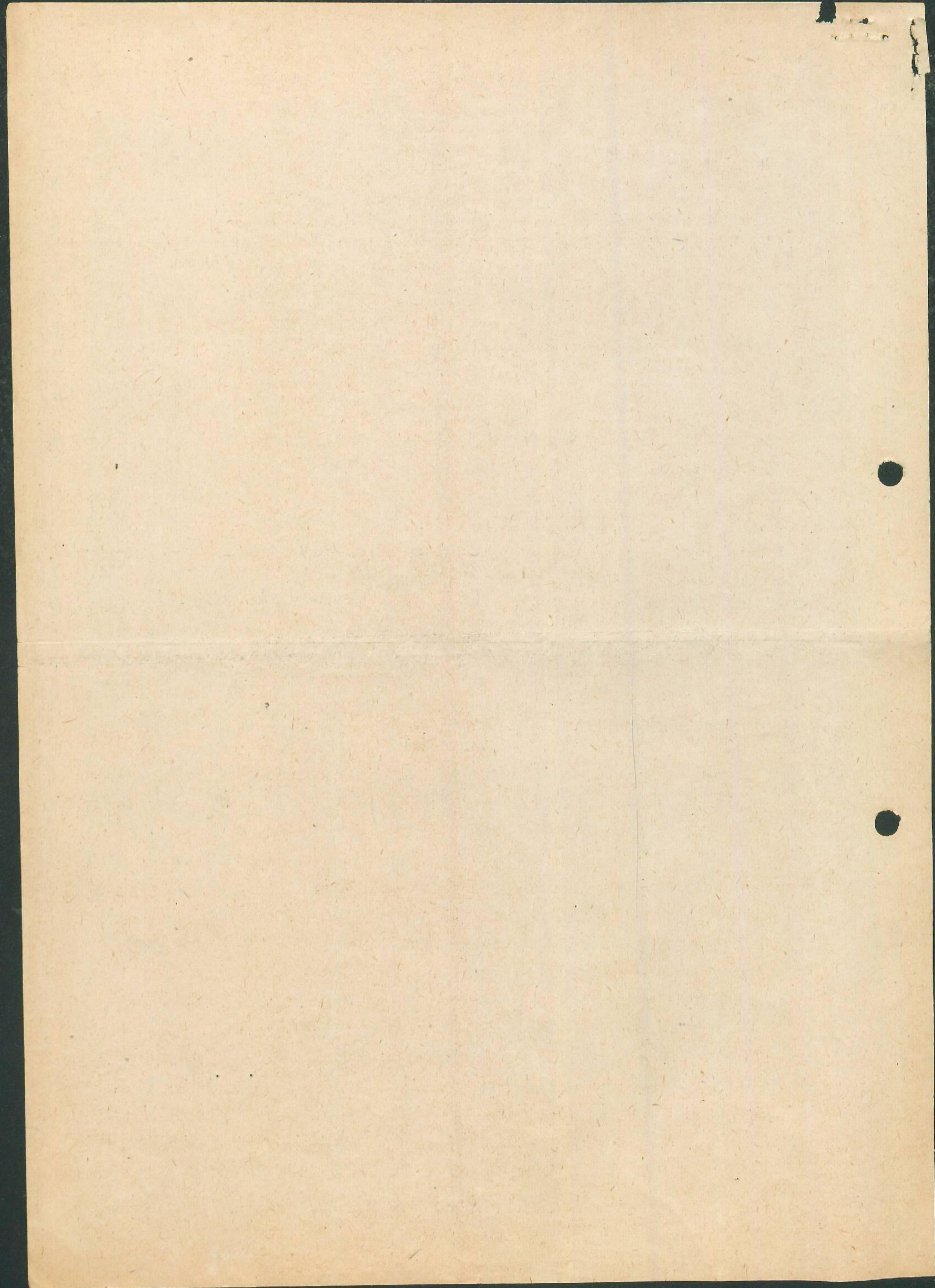
Ich bin erstaunt heute zu erfahren, dass Herr  
H., der in jeder Weise nicht nur durch seine Meinungsäusserungen son-  
dern in gleichen Masse auch durch seine Handlungsweise mir nur als  
Antifaschist bekannt gewesen ist, Pg. gewesen ist. Dies ist nur zu  
erklären, wie er mir schilderte, aus den Bedrängnissen, in die er auf  
Grund seiner und seiner Grossmutter antifaschistischen Einstellung  
in Form des Juden-Problems etc. geraten ist.

Ich selbst bin weder Parteigenosse gewesen,  
noch gehörte ich einer ihrer Gliederungen an. Zu jeder Zeit erkläre  
ich mich bereit, vorstehendes unter Eid zu wiederholen.

gez.: Wilhelm D i e t r i c h  
M i e r s d o r f / Krs. Teltow  
Haselnussstr. 2.

S. P. D. - Mitglied  
seit 1896.







Heidelberg, den 15. Oktober 1947  
H./Va.

4/12/1947  
44

Betr.: Walter Reich G.m.b.H., Heidelberg.

Zur Frage der Eröffnungsbilanz per 1. April 1947.

Die Bilanz der Einzelfirma zum 31.3.1947 weist einen Verlust von RM. 4.959.43 aus, der den in der Zeit von Oktober bis März 1946 aufgewendeten Unkosten und Gehältern entspricht. Es entsteht die Frage, in welcher Form die Eröffnungsbilanz der G.m.b.H. zum 1.4.1947 aufzustellen ist.

1. Urteil vom 16.11.1933 Reichsfinanzhof Band 34, Seite 315.

Das Urteil behandelt den Fall, dass ein Baumeister seine Einzelfirma mit Aktiven und Passiven, sowie dem Firmenrecht in eine neu zu errichtende Aktiengesellschaft eingebracht hat. Das Aktienkapital war im Gesellschaftsvertrag mit RM. 600.000.- angesetzt. Die Einlage des Baumeisters betrug RM. 317.000.-. Entsprechend diesem Wert wurden dem Baumeister Aktien zugeteilt. Streitig ist die Frage, ob ein entgeltlich erworbener Firmenwert vorhanden sei. In der Gründung ist folgendes dazu ausgeführt:

"Das Einbringen eines Geschäftswerts in <sup>eine neu zu errichtende</sup> Aktiengesellschaft und die Hingabe von Aktien nicht als "entgeltlicher Erwerb" des Geschäftswerts im Sinne der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs angesehen werden."

2. Urteil vom 17.7.1936 Steuer und Wirtschaft September 1936

Spalte 1092. In Anknüpfung an das Urteil ist in der Begründung folgendes dargelegt:

" Allerdings hat der RFH in der mehrerwähnten Entscheidung ausgesprochen, dass bei der Einbringung eines Unternehmens in eine neu gegründete AG. - und dasselbe muss für eine GmbH. gelten - in der Hingabe von Anteilen dieser Gesellschaft an den bisherigen Unternehmer kein entgeltlicher Erwerb eines mit dem Unternehmen verbundenen Geschäftswerts zu erblicken ist. Diese Entscheidung ist aber auf den vorliegenden Fall aus zwei Gründen nicht anwendbar. Einmal besteht zwischen den beiden Fällen ein wesentlicher Unterschied. In dem damals entschiedenen Falle war der Geschäftswert mit der Einbringung in die AG. erstmalig in den Verkehr getreten; seine Höhe hätte daher erstmalig ermittelt werden müssen, und dies konnte aus dem für die Übertragung gewährten Entgelt, den Aktien, nicht geschehen.



Im jetzigen Falle dagegen war der Geschäftswert bereits vor der Einbringung in die Gesellschaft entgeltlich erworben worden, nämlich von der Rechtsvorgängerin, der oHG., bei der Auseinandersetzung mit dem ausgeschiedenen Gesellschafter. Der auf diese Weise zum Gegenstand eines entgeltlichen Erwerbs gemachte und damit als Wirtschaftsgut anerkannte Geschäftswert kann aber seine Bewertbarkeit nicht dadurch verlieren, dass er später einem anderen unentgeltlich übertragen oder in einer neu errichteten Gesellschaft gegen Hingabe von Anteilen an der Gesellschaft eingebracht wird. Auch der Buchprüfer ist davon ausgegangen, dass hier der Geschäftswert schon bei der O H G. entstanden und von der GmbH. übernommen war. Der Buchprüfer ist bei der Ermittlung des Geschäftswerts von dem zur Körperschaftsteuer ergangenen Urteil des RPH. vom 24.III.1931 I A 235 <sup>30</sup> (RStBl. 1931 S. 304 = StW. 1931 Nr. 521) ausgegangen, wonach bei einem im übrigen unentgeltlichen - Erwerb eines Gesamtunternehmens als Anschaffungspreis der Aktiven die Summe der richtig berechneten Passiven gilt und ein etwaiger Überschuss der Passiven über die Aktiven als Geschäftswert anzusetzen ist. Den Schuldenüberschuss hat der Buchprüfer hier auf 150 057 RM berechnet.

Die Übernahme der Passiven bedeutet eine Gegenleistung für die Überlassung der Aktiven, die die Bewertung des Geschäftswerts in Höhe des Schuldenüberschusses rechtfertigt. "

3. Urteil vom 24.3.1931 Reichssteuerverblatt Band 31, Seite 304. Dieses Urteil auf das unter 2. Bezug genommen wurde geht davon aus, dass bei einem Überschuss der Passiven über die Aktiven der Betrieb mindestens den dafür gezahlten Betrag wert sei, so dass die Passiven die Aktivwerte im ganzen nicht übersteigen können. Soweit die Summe der für die einzelnen Bilanzposten zu leistenden Werte den Gesamtpreis nicht erreicht, ist es für die Steuerbilanz geboten, einen entsprechenden Wertposten in die Bilanz einzusetzen. Da der Wert des übernommenen Betriebs nach dem Gründerbericht mindestens so gross wie der bezahlte Kaufpreis war, kommt es eine Unterbilanz für den Beginn des Steuerabschnitts nicht in Frage. Das Urteil enthält folgenden Passus:

"Erreicht der Gesamtwert der Aktiven den gezahlten Kaufpreis nicht, ist aber der erworbene Betrieb den gezahlten Preis wert, so ist für den Überschuss ein besonderer Wert (Firmenwert) zu aktivieren."

4. In Höhe des Geschäftswerts ist bei der Einzelfirma ein Veräußerungsgewinn anzusetzen.



Heidelberg, den 14. Oktober 1947

Dr. H./Sch.

- 5 -

A k t e n v e r m e r k

Betrifft: Firma Walter R e i c h.

Ich habe am 15. August 1945 für Herrn Heinrich nachgesucht, daß er unter der Firma Walter Reich, Arzneimittelgrosshandlung in Heidelberg, einen Geschäftsbetrieb eröffnen kann. Der Firma Walter Reich, Inh. Hein Heinrich ist diese Genehmigung unter dem 2. Oktober 1945 erteilt worden. Für die Einzelfirma Walter Reich wurden dann beim Städt. Wohnungsamt Gewerberäume angefordert. Die Gewerberäume am Fischmarkt 7 wurden ihr am 31.12.45 zugesprochen. Am 7. März 1946 wurde dem Gewerbeamt Heidelberg auf Anfrage mitgeteilt, daß die Firma in Heidelberg Fischmarkt 7 Räume bezogen hat und daß mit der baldigen Eröffnung des Geschäfts zu rechnen sei. Am 6. August 1946 hat das Gewerbeamt seine Anfrage wegen der Eröffnung der Arzneimittelgrosshandlung Walter Reich wiederholt und hat die Beantwortung dieser Anfrage am 8. Oktober 1946 in Erinnerung gebracht. Dem Gewerbeamt wurde am 19. Oktober 1946 geschrieben, daß die Firma Walter Reich, Arzneimittelgrosshandlung - sie wurde jetzt als hiesige Zweigniederlassung der Berliner Firma bezeichnet - am 15.10.46 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen habe. Damals wurde auch über die Firmeneintragung mit dem Inhaber, Herrn Heinrich, gesprochen. Dazu war ein notarieller Akt erforderlich. Herr Heinrich sollte zu diesem Akt hierher kommen, oder seiner Frau notarielle Vollmacht erteilen. Auch die Erteilung einer notariellen Vollmacht an die Geschäftsführerin, Fräulein G ö r l i c h, kam in Frage. Diese notarielle Vollmacht für Fräulein Görlich hat dann am 16. November 1946 Herr Heinrich in Berlin erteilt. In der Vollmacht steht wörtlich folgendes:

"Ich bin Alleininhaber der nicht eingetragenen Firma Walter Reich in Heidelberg, Fischmarkt 7. Ich bevollmächtige hierdurch in dieser meiner Eigenschaft

Fräulein Martha G ö r l i c h,  
mich in allen die Firma betreffenden Vermögens-



angelegenheiten gerichtlich und aussergerichtlich vor Privaten und Behörden zu vertreten. Sie kann mich auch in Prozessen und Konkursen vertreten, sowie handelsregisterliche Anträge stellen. Es ist ihr auch gestattet, in meinem Namen mit sich selbst Rechtsgeschäfte vorzugenehmen, gleichviel ob sie dabei für sich oder für Dritte handelt. Sie darf diese Vollmacht für den einzelnen Fall auf Andere übertragen."

Es ist dann mit Herrn Heinrich am 12. März 1947 die Frage erörtert worden, ob sein Unternehmen als selbständige Arzneimittel-Grosshandlung eingetragen werden soll, oder als Zweigniederlassung der Berliner Firma. Am 15. März <sup>47</sup> tauchte dann bei einer nochmaligen Besprechung die Idee auf, eine G.m.b.H. in Heidelberg zu gründen. Es tauchte dann eine ziemlich schwierige firmenrechtliche Frage auf. Dr. Otto wandte sich deshalb mit Schreiben vom 27. März an den Registerrichter. Der Registerrichter hat am 1. April entschieden, dass er gegen die beabsichtigte Eintragung der Firma Walter Reich grundsätzlich keine Bedenken habe.

Wichtig ist dann unser Aktenvermerk vom 23.4.47, in dem die steuerliche Behandlung der Angelegenheit ins Auge gefasst wurde und die Einbringung des Warenlagers erörtert wurde (siehe auch den weiteren Aktenvermerk vom 27. April 1947, verfasst von Frä. Susanne Heimerich). Diese Aktenvermerke erscheinen mir wichtig zu sein.

Am 10. Juli 1947 wurde dem Gewerbeamt mitgeteilt, daß die Arzneimittel-Grosshandlung Walter Reich, Geschäftsinhaber Heinz Heinrich, mittlerweile in eine G.m.b.H. unter der Firma Walter Reich G.m.b.H. umgewandelt ist, an der Herr Heinz Heinrich und Frau Lieselotte Heinrich beteiligt sind.

Wir haben uns dann weiterhin offenbar um die Eintragung der Firma und zwar der G.m.b.H. ins Handelsregister gekümmert. Das geht aus unserem Schreiben an das Amt für Vermögenskontrolle vom 23. Juli 1947 hervor. Das Amt für Vermögenskontrolle musste eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für die Eintragung im Handelsregister erteilen. Es ~~hat~~ <sup>bezieht sich</sup> dann ~~hier~~ <sup>bezüglich</sup> dieser Eintragung in unseren Akten ein ausführliches Schreiben ans Registergericht vom 8. August 1947. Offenbar ist dann die Eintragung der G.m.b.H. erfolgt. Aus unseren Akten geht dies aber nicht mit Klarheit hervor.

Nach den Vorgängen habe ich keinen Zweifel daran, dass ur-



sprünglich eine Einzelfirma Walter Reich, Arzneimittel-Gross-  
handlung, Inhaber Heinz Heinrich in Heidelberg bestand und daß  
diese Einzelfirma erst dann in eine G.m.b.H. umgewandelt wurde.

Frl. H e i m e r i c h mit Akt.

Uy.



... ..  
... ..  
... ..

... ..



Heidelberg, den 11. Oktober 1947

Betr.: Walter R e i c h G.m.b.H., Heidelberg  
Arzneimittelgrosshandlung

Besprechung auf dem Finanzamt am 11.10.1947. 4h

Auf das mir von Herrn Heinrich übergebene Schreiben des Finanzamtes vom 7.10.1947 hin habe ich heute Herrn Obersteuerinspektor K i e f f e r aufgesucht. Herr Kieffer teilte mir mit, dass das Landesfinanzamt in Karlsruhe seine Anfrage, ob § 1 und § 6 des Steueranpassungsgesetzes noch als gültig anzusehen seien, zum Anlass einer Verfügung genommen. In dieser Verfügung werden die Finanzämter angewiesen, bei Neu- und Umgründungen insbesondere von Familiengesellschaften sorgfältig zu prüfen, ob die neu entstandene Gesellschaft steuerlich anerkannt werden könne. Die Steuerpflichtigen sollen in Streitfällen auf den Rechtsmittelweg verwiesen werden. Herr Kieffer hält die Verfügung für unbefriedigend, da die massgebende Voraussetzung für die steuerliche Anerkennung von Familiengesellschaften " wirtschaftliche Gründe " sein müssen, die schwer abzugrenzen sind. Andererseits ist in der Verfügung betont, dass es dem Steuerpflichtigen nicht verwehrt sei, seine Angelegenheiten so zu ordnen, dass er dabei möglichst an Steuer spart. Eine Entscheidung darüber, welche wirtschaftlichen Gründe als berechtigt anzusehen sind, will das Finanzamt nicht fällen. Herr Kieffer sieht sich durch die Verfügung gezwungen, alle Familiengründungen zunächst abzuweisen und man hat mir empfohlen, mich mit Herrn Dr. N i k o l a u s vom Landesfinanzamt persönlich in Verbindung zu setzen.

Ich bat ihn, mir die Verfügung zur Abschrift zu überlassen, er teilte mir jedoch mit, dass die Genehmigung von Herrn O.R.R. Meyer erforderlich sei. Herr O.R.R. Meyer, den ich anschliessend aufsuchte, sagte, dass er zunächst die Genehmigung des Präsidenten des Landesfinanzamtes einholen müsse. Er wollte auch zu der Angelegenheit keine eindeutige Stellungnahme einnehmen und hielt es für notwendig, unter Umständen bis zu obersten Instanz, dem Finanzgerichtshof in München, vorzudringen.

Herr Kieffer hat mir dann doch die Verfügung ausgehändigt, da ihm die Klärung dieser Frage sehr am Herzen liegt. Ich habe eine Abschrift davon Herrn Dr. M e u c h e l zusammen mit den massgebenden Urteilen des Reichsfinanzhofs mit der Bitte, um gutacht-



liche Bearbeitung für den "Betriebs-Berater" zur Bearbeitung über-  
geben.

V. 5  
13. V. 3

H



*Abteilung für den Verkehr*  
*ab 12/12*  
Nr. 1. XI + 7  
H

25. Sept. 1947  
*ab 12/12*

Dr.O. /Z.  
- 5 -

An das  
Städtische Gewerbeamt Heidelberg

Heidelberg

Betrifft: Firma Walter Reich, Arzneimittelgroßhandlung, Heidelberg  
Fischmarkt 7

Bezugnehmend auf unsere telefonische Rücksprache mit Ihrem Herrn Götz übersenden wir Ihnen in der Anlage von uns beglaubigte Abschrift des Bescheides des Wirtschaftsministeriums Württemberg-Baden vom 29. August 1947 über die Frage, ob die oben genannte Firma noch einer weiteren Genehmigung bedarf. Nachdem das Wirtschaftsministerium die Genehmigung des Landesdirektoriums Mannheim vom 2.10.45 anerkannt hat, bitten wir die Gewerbe genehmigung von der Einzelfirma Walter Reich, Arzneimittelgroßhandlung, zu übertragen auf die Firma Walter Reich, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die durch G.m.b.H.-Vertrag vom 14.4.47 errichtet und im August 1947 im Handelsregister eingetragen und bekannt gemacht wurde. Wir bitten im Zweifelsfall die Akten des Registergerichts Heidelberg beizuziehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Anlage!

*[Signature]*  
(Dr. Otto)  
Rechtsanwalt



100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000



# AMT FÜR VERMÖGENSKONTROLLE

KREIS HEIDELBERG

Postanschrift: Heidelberg

Häusserstraße 8 / Postfach 425

Fernruf: 4971 / 4972

Herrn  
Dr. h. c. Hermann Heimerich  
u. Dr. Heinz G. C. Otto  
Rechtsanwälte

Heidelberg  
Neuenheimer Landstr. 4

10. Sep. 1947

Ihre Zeichen  
Dr. O/S-5-  
Betr.:

Ihre Nachricht vom  
1.9.1947

Unsere Zeichen  
Va/St/s  
3810/47

Tag  
5.9.1947

Firma Walter Reich G.m.b.H., Heidelberg,  
Fischmarkt 7.

Zu o.a. Vorgang übersendet Ihnen das Amt  
Fotokopien ~~der~~ Entnazifizierungsbescheide.

2 Anlagen!

Franz Haas  
Leiter d. Amtes



7:00.00

Wm. Walter Keith, G. A. R., Librarian,  
Vincennes, Ind.



# Wirtschaftsministerium

Württemberg-Baden

⑭ Stuttgart O, den 29. August 1947  
Neckarstraße 195  
Fernsprecher Nr. 90057/59

Aktenzeichen: 3-R 494/3 (G5) Dr.Ha/Gn.

(Aktenzeichen im Schriftverkehr stets angeben)

Herrn

Rechtsanwälte Dr. Dr.h.c.Hermann H e i m e r i c h  
und Dr. Heinz G.C. O t t o

H e i d e l b e r g  
Neuenheimer Landstr.4

Betrifft: Firma Walter Reich, Arzneimittel-Grosshandlung,  
Heidelberg, Fischmarkt 7.

Bezug: Ihr Schreiben vom 13.8.47 - Dr.O./Kr. -

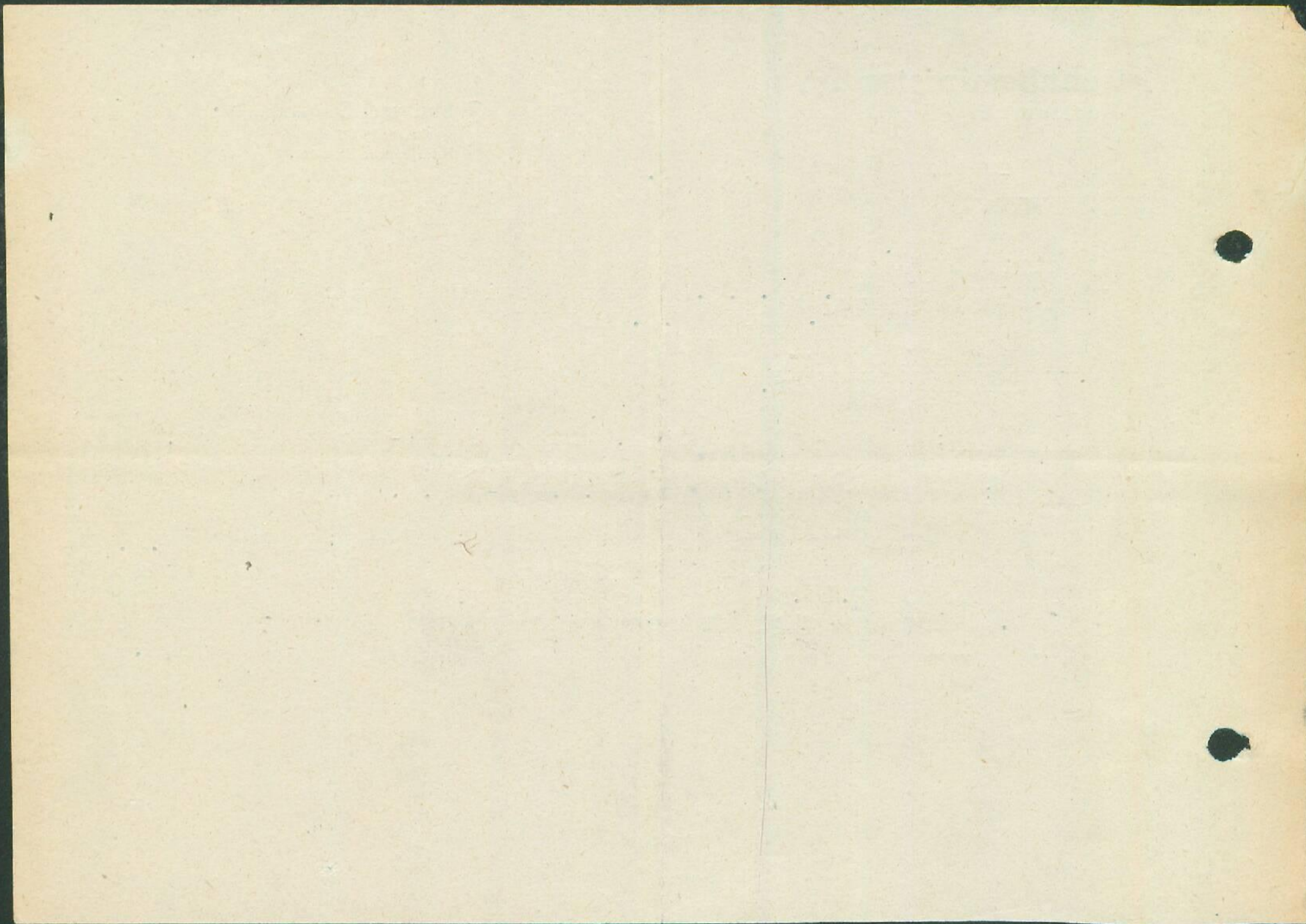
Nach Prüfung der von Ihnen mit Schreiben vom 13.8.47  
vorgelegten gewerbepolizeilichen Erlaubnis des Landesdirektoriums  
Mannheim vom 2.10.45 wird festgestellt, dass die Firma Reich  
(inh. Heinz Heinrich) einer weiteren Genehmigung zum Betrieb  
ihrer Arzneimittelgrosshandlung in Heidelberg nicht bedarf.

Im Auftrag

*Ammer*

2. Sep. 1947







# MAGISTRAT VON GROSS-BERLIN

## ABTEILUNG FÜR WIRTSCHAFT

Anschrift: Magistrat von Groß-Berlin / Abteilung für Wirtschaft  
(1) Berlin NW7, Dorotheenstraße 8

FERNRUF: 42 51 51  
HAUSANSCHLUSS NR.  
ZIMMER NR.

Herrn

Hans Heinrich  
Inhaber der Firma Walter Reich  
Arzneimittelgroßhandlung

(1) Berlin NO 18  
Meyerbeerstr. 27-29

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:

Dr.Lb/Li

Tag:

28.7.47

Betrifft:

Auf Ihren Antrag vom 28.7.1947 wird hiermit bescheinigt, daß Ihre seit 1935 in Ihrem Betriebe in verantwortlicher Stellung tätige Ehefrau Liselotte Heinrich, geb. Blume, zur Zeit in Heidelberg, Fischmarkt 7, weder durch das Kontrollratsgesetz Nr. 52, noch durch den inhaltlich gleichen sowjetischen Befehl Nr. 124 oder eine andere behördliche Beschlagnahmeanordnung hinsichtlich ihres Vermögens betroffen ist.

Diese Tatsache folgt aus dem Umstande, daß laut Ihrer eidesstattlichen Versicherung vom 28.7.1947 Ihre Ehefrau politisch nicht belastet ist, und beim zuständigen Bezirksamte und dem Hauptamte V über eine politische Belastung nichts bekannt ist.

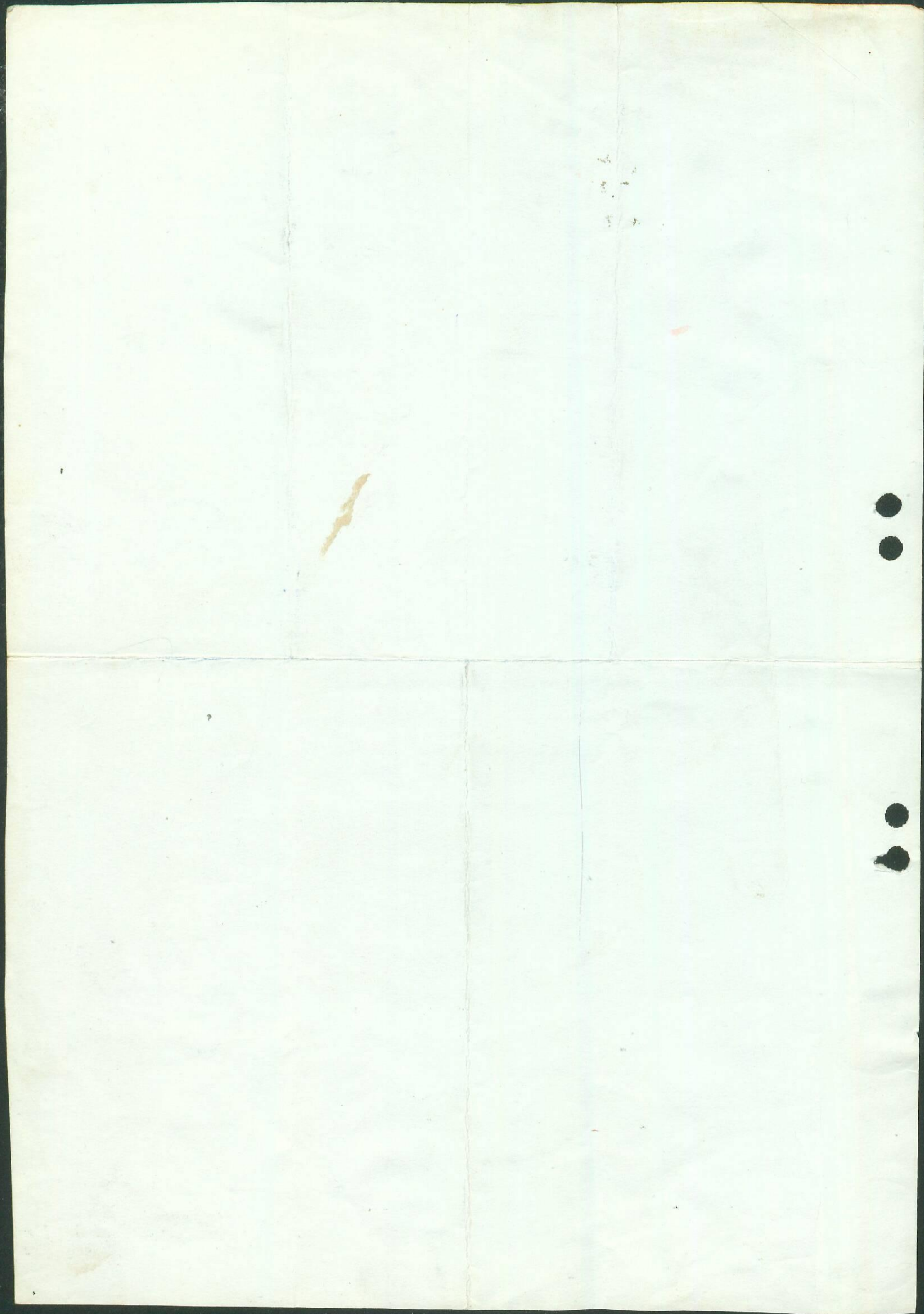
Diese Bescheinigung wird zum Zwecke der Vorlage bei den in Betracht kommenden Behörden der amerikanischen Zone Deutschlands erteilt.

I. A.



*Rebwell*







Heinz H e i n r i c h  
i/Fa. **WALTER REICH**  
Arzneimittel-Großhandlung

Fernsprecher: 56 35 27  
Postscheckkonto: Berlin 160256

23. Sep. 1947

BERLIN NO 18, den 18. September 47.  
Meyerbeerstraße 27-29

Herren

Rechtsanwalt Dr. Dr. Hermann Heimerich  
Rechtsanwalt Dr. Heinz G. C. O t t o

H e i d e l b e r g.

H./X.

Betr.: Entnazifizierungsantrag - Heidelberg.

Sehr geehrte Herren Dr. Heimerich und Dr. Otto !

Auf Grund des seinerzeit in Heidelberg erneut  
gestellten Entnazifizierungsantrages ist nochmals von dort aus  
eine Recherche hier veranlasst worden.

Dieselbe, die diesmal hauptsächlich von der Kom-  
mission des Sitzes meiner Firma - also Prenzlauer Berg - durchge-  
führt worden ist, hat dasselbe Ergebnis gezeitigt, wie das damalige  
vom Bezirksamt meines Wohnsitzes aus veranlasste.

Ich hoffe daher berechtigt annehmen zu können,  
dass infolgedessen auch in Heidelberg keine Schwierigkeiten mehr  
auftreten werden.

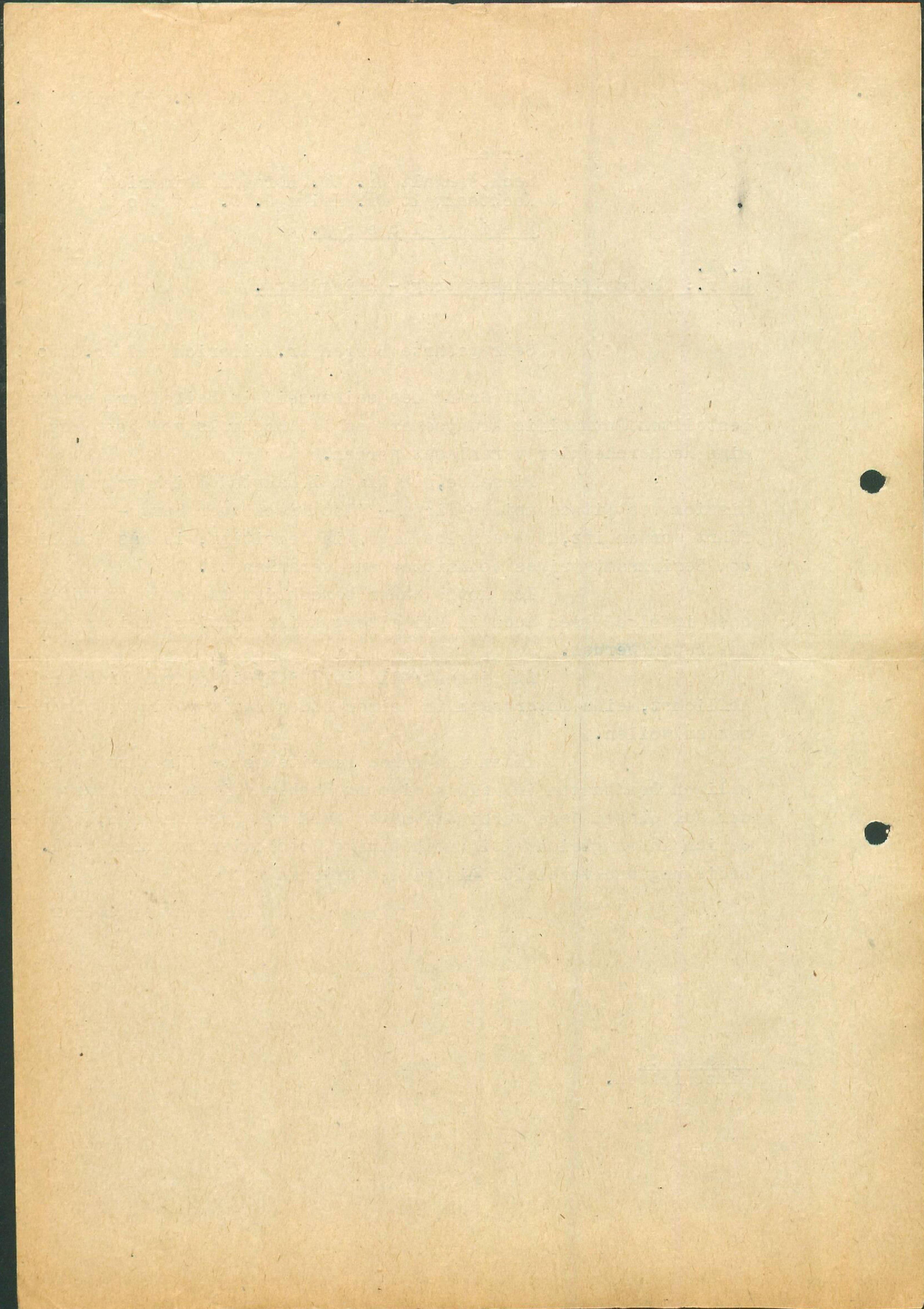
Auf jeden Fall bitte ich Sie jedoch hierdurch  
höflichst, meine Interessen in meiner Abwesenheit gütigst wahrneh-  
men zu wollen.

Indem ich Ihnen bereits heute für Ihre aber-  
maligen Bemühungen in meinen eigenen Sachen meinen immer nur wie-  
der auf diesem Wege verbindlichsten Dank aussprechen kann, übersen-  
de ich Ihnen gleichzeitig noch einige Fotokopien zu Ihrer gefl.  
Bedienung und verbleibe mit vielen Grüßen

Ihr sehr ergebener

Anlagen !  
Einschreiben.







Heinz H e i n r i c h  
i./Fa. **WALTER REICH**  
Arzneimittel-Großhandlung

Fernsprecher: 56 35 27  
Postscheckkonto: Berlin 160256

BERLIN NO 18, den 18. September 47.  
Meyerbeerstraße 27-29

Herren

Rechtsanwalt Dr. Dr. Hermann Heimerich  
Rechtsanwalt Dr. Heinz G. C. O t t o

H e i d e l b e r g

H./X.

Betr.: Ihr Eilbrief v.2./IX.47 - Dr.O./M-5.

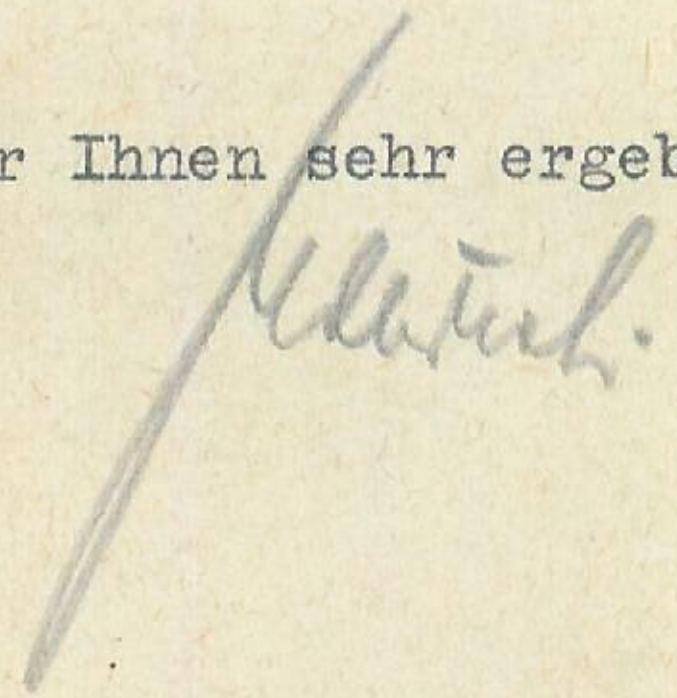
Sehr geehrte Herren Dr.Heimerich und Dr.Otto !

Gestatten Sie mir bitte, dass ich Ihnen zunächst  
auf diesem Wege für Ihre nach Ihrem obigen Schreiben zum Erfolg  
geführt habenden Bemühungen in der bewussten Angelegenheit der  
Konzessions-Erhaltung meinen Dank ausspreche.

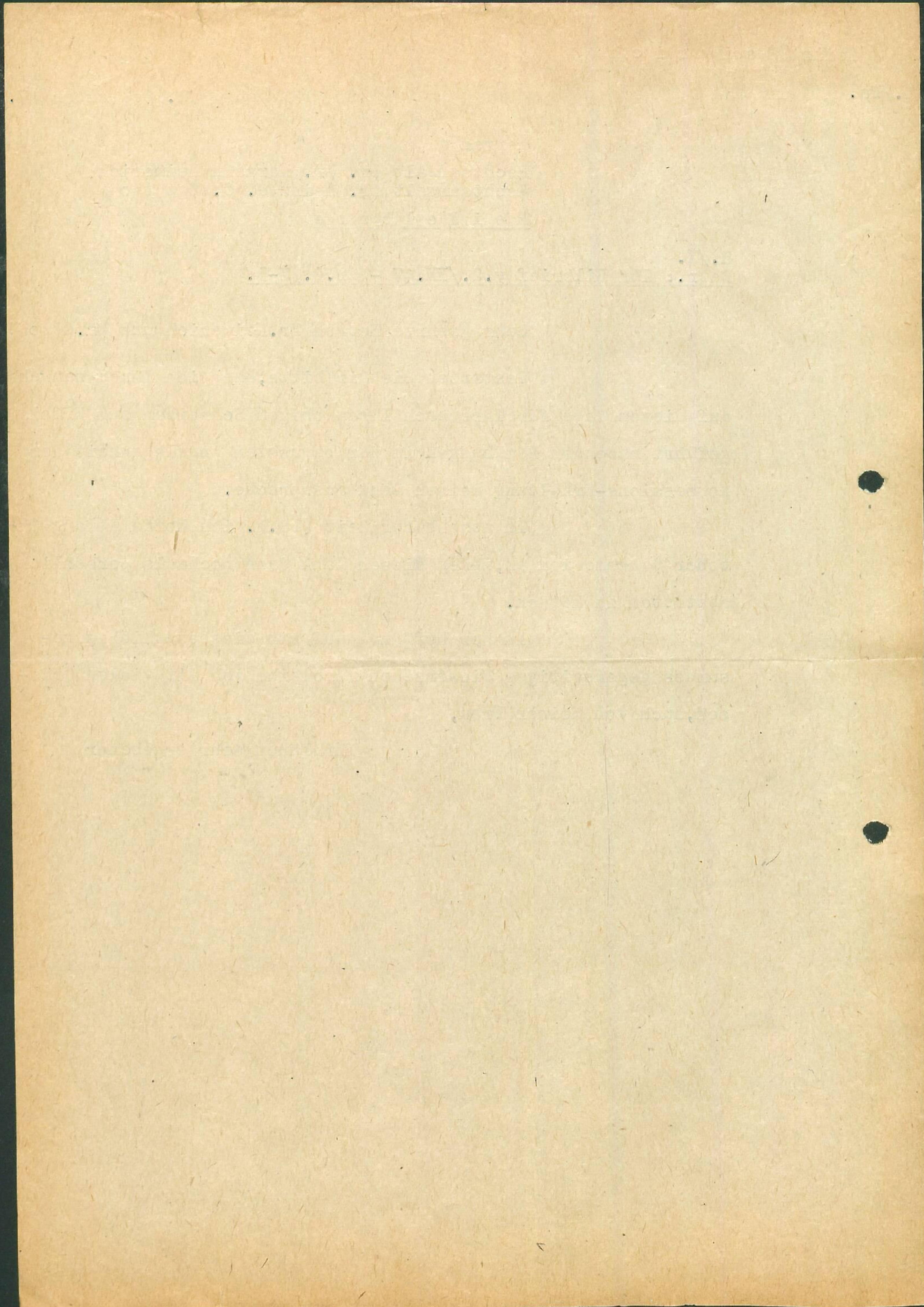
In absehbarer Zeit ( d.h. ich hoffe Anfang Ok-  
tober ) nehme ich an, Ihnen diesen Dank dann nochmals persönlich  
abstatten zu können.

In der Hoffnung auf ein diesbezügliches ge-  
sundes gegenseitiges Wiedersehen verbleibe ich mit vielen Grüs-  
sen, auch von meiner Frau,

Ihr Ihnen sehr ergebener









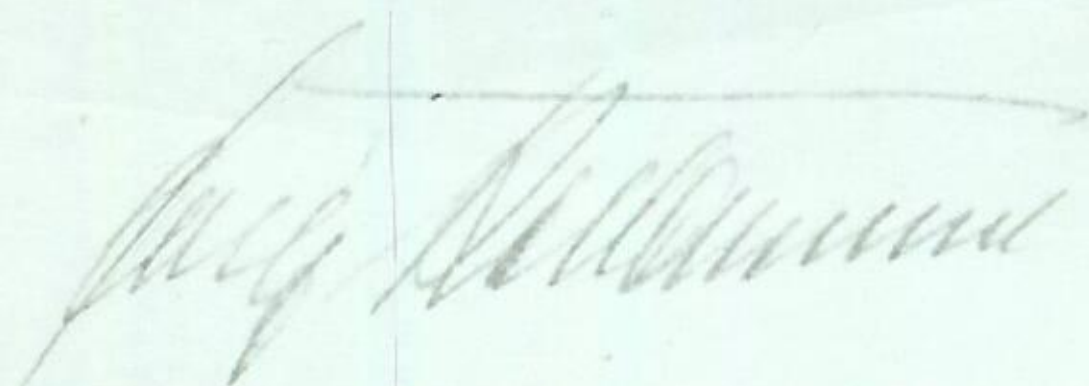
Stadt Berlin  
Bezirksamt Kreuzberg

① Berlin SW 61, den 8. Mai 1946  
Yorckstraße 10/11, Zimmer 140  
Fernruf: Sammel-Nr. 24 85 91. Hausanschluß: 213

Geschäftszeichen:

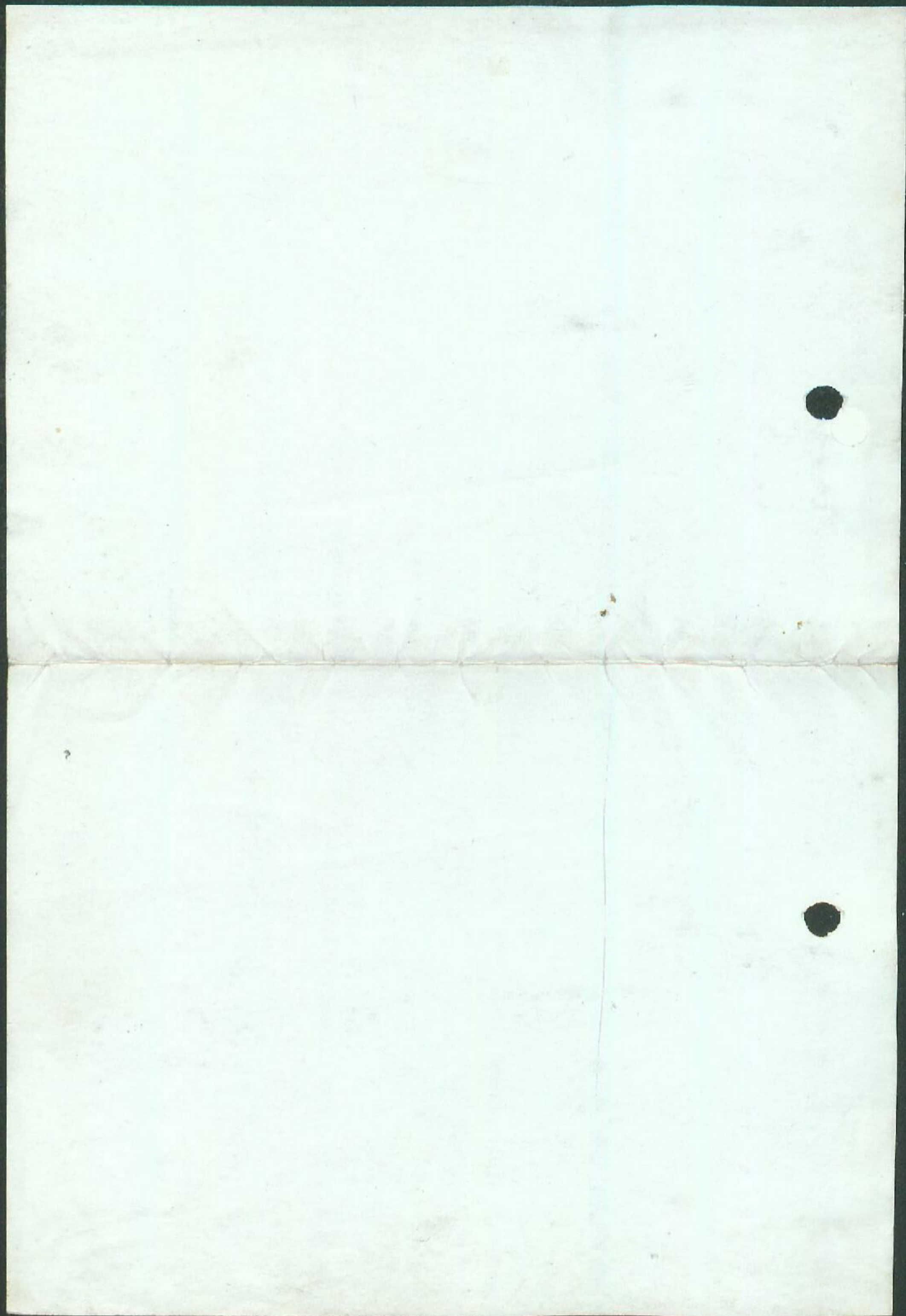
Ke/Gn.

Herrn Heinz Heinrich, Berlin SW 61, Yorckstr.  
82 I b. Arndt, wird hiermit bestätigt, dass  
sein Antrag auf Entnazifizierung in der Sit-  
zung am 25.4.1946 entschieden wurde.  
Der Antrag befindet sich jetzt beim Amerika-  
nischen Hauptquartier zur endgültigen Ent-  
scheidung.

  
Mitglied des Prüfungsausschusses

Sicherheits-  
Prüfungsausschuß  
Bezirksamt Kreuzberg







Felix Kellermann

Berlin-Tempelhof, den 8.Mai 1946  
Berliner Str.29

Herrn  
Heinz H e i n r i c h ,

B e r l i n SW  
York-Str. 82 I b.Arndt

Sehr geehrter Herr Heinrich!

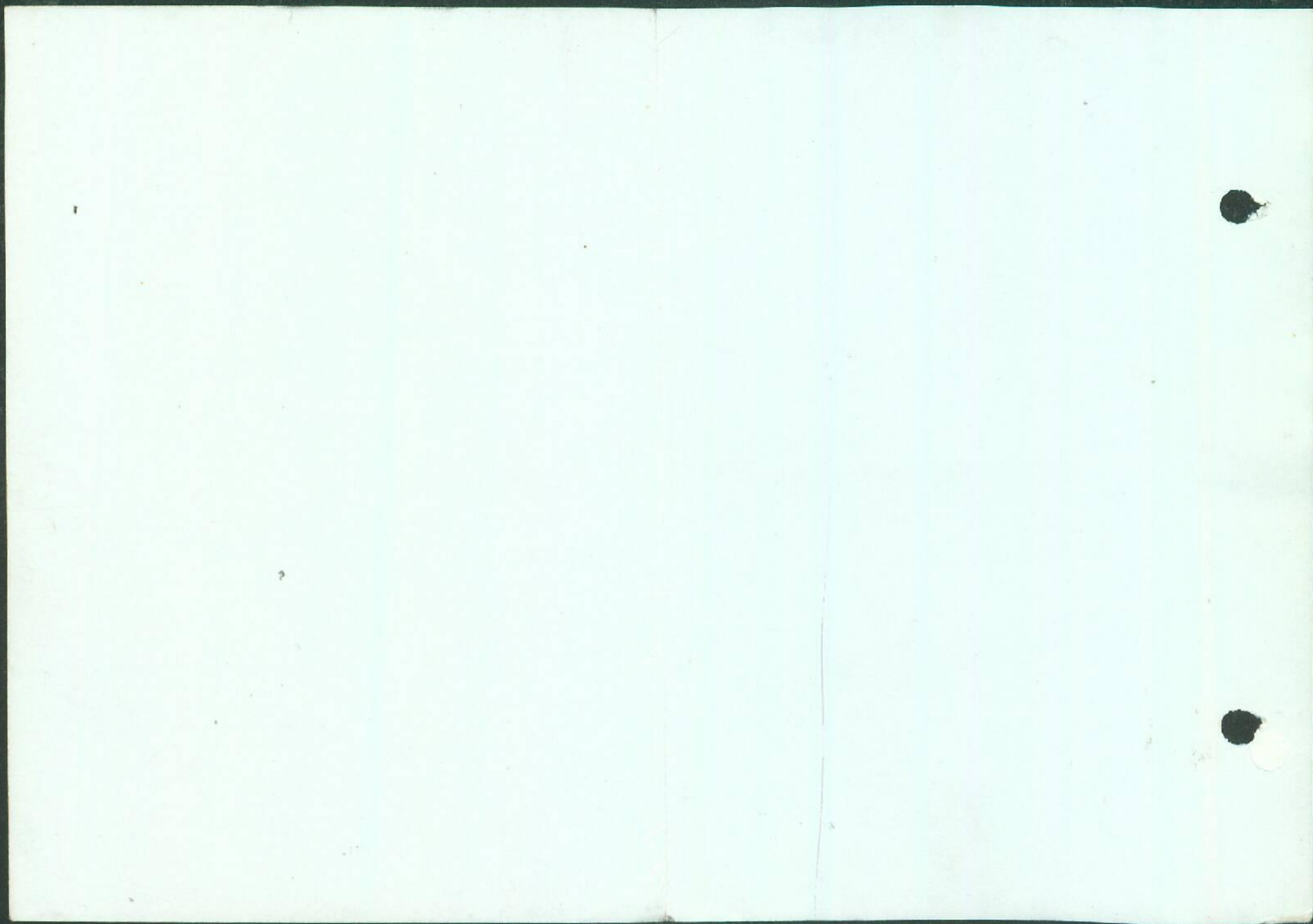
Als Mitglied des Sicherheits- (Entnazifizierungs-) Ausschusses  
teile ich Ihnen mit, dass Ihre Angelegenheit am 25.April 1946  
behandelt worden ist und ein Freispruch erfolgt.

Hochachtungsvoll

*Felix Kellermann*

FELIX KELLERMANN  
Berlin-Tempelhof  
Berliner Straße 29  
Berlin







# Stadt Berlin

Bezirksamt Prenzlauer Berg

Abt. Wirtschaft und Gewerbe

Geschäftszeichen:

Berlin, den 15. Oktober 1946  
Treskowstr. 35, 3. Stock, Zimmer 18  
Hs/Ma.

Herrn

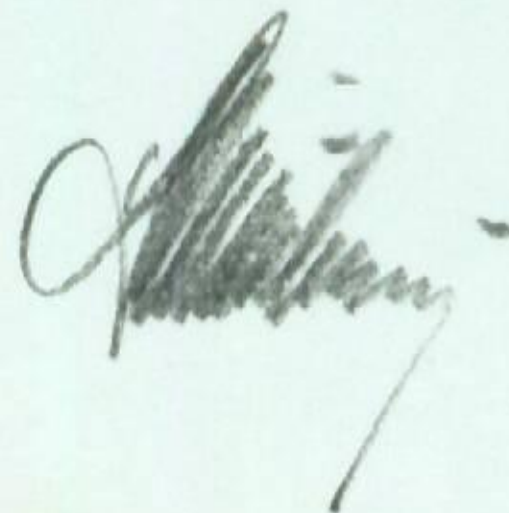
Heinz H e i n r i c h

B e r l i n - Wilmersdorf

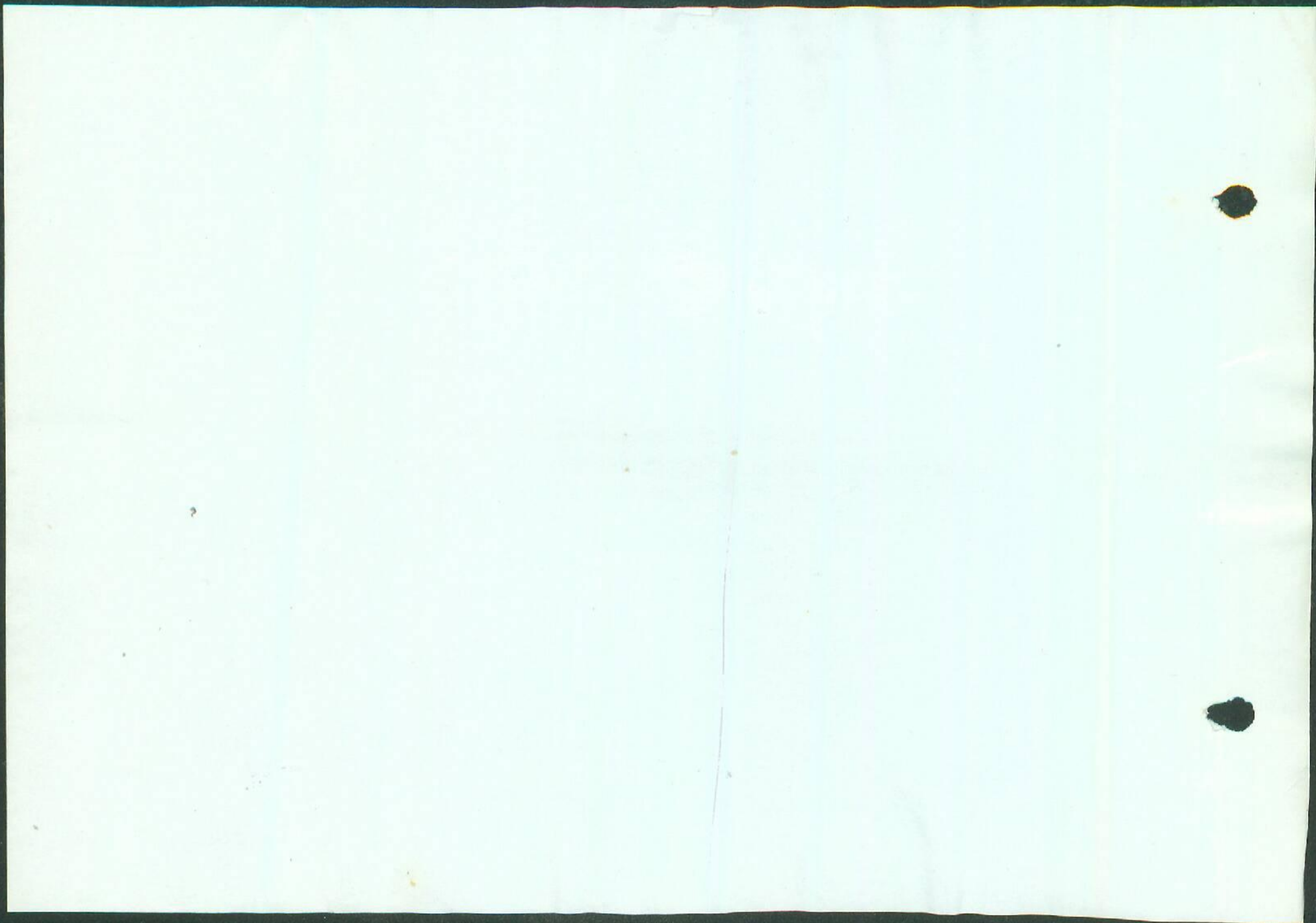
Holsteinische Str. 1

Nachdem Sie am 20.9.46 durch die Entscheidung des amerikanischen Hauptquartiers rehabilitiert worden sind, wird die am 3.6.46 ausgesprochene Treuhandschaft über Ihre Firma Walter Reich, Berlin NO 18, Meyerbeerstr. 27/29, mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Sie werden hiermit in Ihre alten Rechte und Pflichten eingesetzt.

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'H. Reich', is written in the bottom right corner of the document.







Form

OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT  
BERLIN DISTRICT  
Public Safety — Special Branch

APO 755, US Army

20 Sep 46

For.

Subject: Denazification Appeal Case No.: K-GSRB-295-701

of: Mr. HEINRICH, Heinz  
82 Yorckstr.  
Berlin SW 61

To : See Distribution.

1. In accordance with para 4, sec. (iv) of Allied Kommandatura Order BK/O (46) 102, dated 26 February 1946, this case has been reviewed by Public Safety Branch, Office of Military Government, Berlin District.

2. The final decision in this case is indicated by check mark below:

- a. ( ) Appeal Denied — Appellant more than a nominal Nazi.
- b. ( ☒ ) Appeal Upheld — Appellant only a nominal Nazi.
- c. ( ) Appeal Upheld — No evidence of Nazi Activity.

3. The present category of the appellant, under BK/O (46) 101a, is:

- a. ( ) Non-employment mandatory, except for position of ordinary labor.
- b. ( ) Employment discretionary with employer.
- c. ( ☒ ) No objection to employment.

1. Dieser Entnazifizierungsantrag ist in Ubereinstimmung mit Paragraph 4, Absatz (iv), des Befehls BK/O (46) 102 vom 26. Februar 1946 der Alliierten Kommandatur von der Public Safety Branch, Office of Military Government, Berlin District, geprüft worden.

2. Die endgültige Entscheidung in diesem Fall ist nachstehend eingezeichnet:

- a. Antrag abgelehnt — Antragsteller mehr als ein nomineller Nazi.
- b. Antrag genehmigt — Antragsteller nur ein nomineller Nazi.
- c. Antrag genehmigt — Kein Nachweis einer Nazi-Betätigung.

3. Der Antragsteller befindet sich gegenwärtig gemäß BK/O (46) 101a in der folgenden Beschäftigungsgruppe:

- a. Beschäftigung verboten, ausgenommen Beschäftigung als gewöhnlicher Arbeiter.
- b. Beschäftigung vom Arbeitgeber abhängig.
- c. Kein Einwand gegen Beschäftigung.

For the Director:

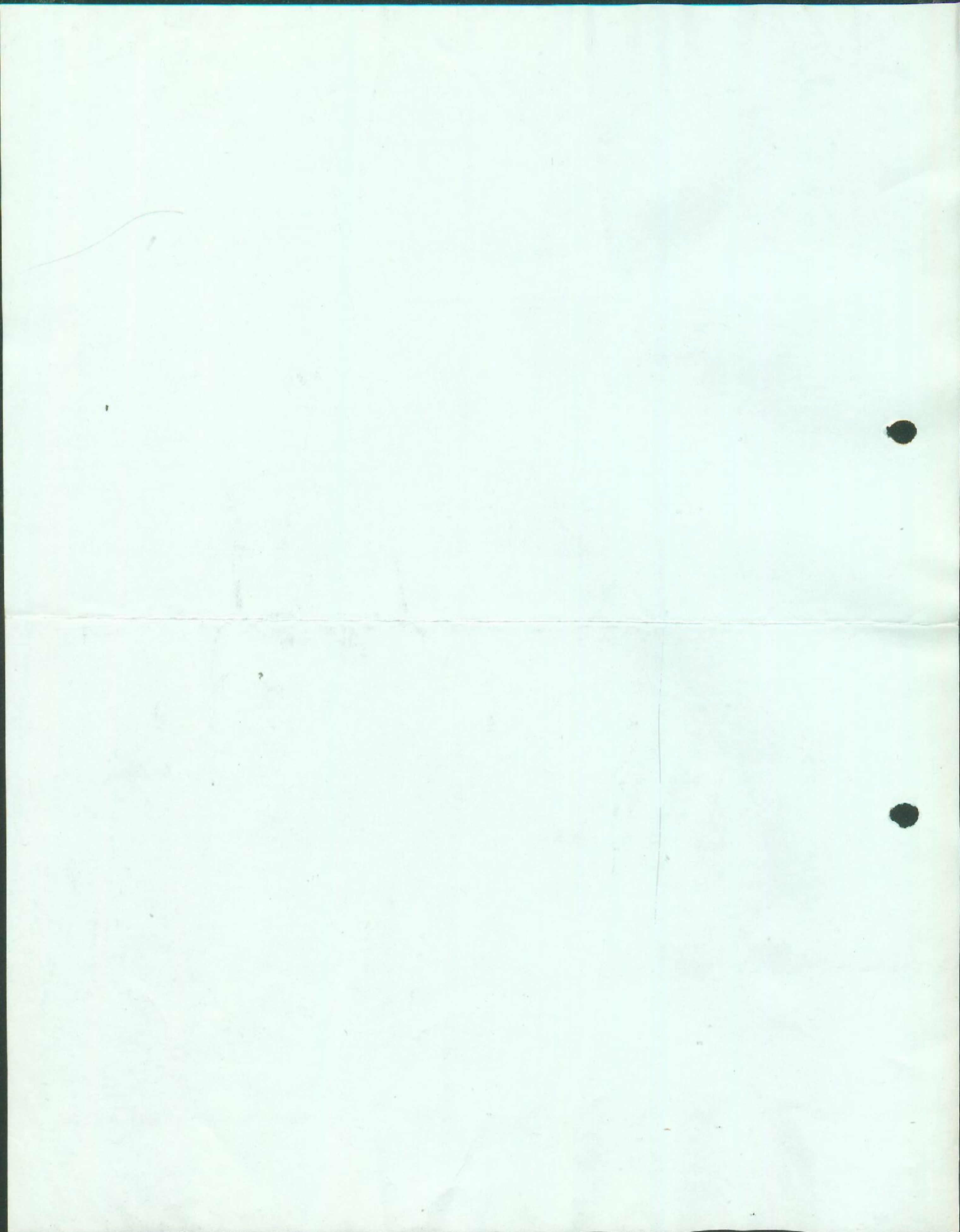
Distribution:

✓ Appellant — 1  
US Liaison Officer  
VBK  
Att. Denazification Comm. — 1  
MGSRB — Att. Maj. RADOSTA — 1  
Chief Manpower Branch, OMG-BD — 1  
File — 1



ULRICH R. GRESS  
Capt., A. C.  
Special Branch Officer







Lfd. Nr.	Einlieferungsort	Einlieferungstag	Buchstabe
----------	------------------	------------------	-----------

# Meldebogen

auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von  
Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 1946

Deutlich und lesbar ausfüllen (Druckbuchstaben)! Dick Umrahmtes nicht ausfüllen! Jede Frage ist zu beantworten!

Zuname Heinrich Vorname Heinz Beruf Kfm.  
Wohnort Heidelberg / Fischmarkt xxxxx 7  
Geburtsdatum 15./X.05 Geburtsort Berlin Familienstand ledig/verheiratet/~~xxxxxx~~  
Wohnorte seit 1933:

- a) Berlin - Rombergstr.24 von 1931 bis 1945  
b) Hamburg - Adickesstr.184 von 1945 bis 1946  
c) Berlin - Yorckstr.82 von 1946 bis

1.	Waren Sie jemals Angehöriger, Anwärter, Mitglied, förderndes Mitglied der:	Ja oder Nein	Höchstes Mitgliedsbeitrag monatlich RM	von	bis	Mitglieds-Nr.	höchstes Rang oder höchstes bekleidetes Amt oder Tätigkeit, auch vertretungsweise oder ehrenhalber	Bezeichnung	von	bis	Klasse oder Teil B
a	NSDAP	ja	4.30	35	Ende	Unbek.	keine				
b	Allg. SS	nein									
c	Waffen-SS	nein									
d	Gestapo	nein									
e	SD, der SS (Sicherheitsdienst)	nein									
f	Geheime Feldpolizei	nein									
g	SA	nein									
h	NSKK. (NS-Kraftfahr-Korps)	nein									
i	NSFK. (NS-Flieger-Korps)	nein									
k	NSF. (NS-Frauenschaft)	nein									
l	NSDSTB. (NS-Studentenbund)	nein									
m	NSDoB. (NS-Dozentenbund)	nein									
n	HJ.	nein									
o	BDM.	nein									

\* Hier ist auch nebenamtliche Mitarbeit, z. B. Vertrauensmann aufzuführen.

2.	Gehörten Sie außer Ziffer 1 einer Naziorganisation gemäß Anhang zum Gesetz an? *			höchster Rang oder höchstes bekleidetes Amt oder Tätigkeit, auch vertretungsweise oder ehrenhalber		
	Bezeichnung	von	bis	Bezeichnung	von	bis
a	N. S. V.	unbek.	Ende	keine		
b						
c						
d						
e						
f						
g						

\* Es ist jedem freigestellt, hier auch die Zugehörigkeit zu anderen Organisationen nachzuweisen.

3. Waren Sie Träger von Parteiauszeichnungen (Parteiorden), Empfänger von Ehrensold oder sonstiger Parteibegünstigungen? nein  
Welcher? entfällt  
4. Hatten Sie irgendwann Vorteile durch Ihre Mitgliedschaft bei einer Naziorganisation (z. B. durch Zuschüsse, durch Sonderzuteilungen der Wirtschaftsgruppe, Beförderungen, UK-Stellung u. ä.)? nein  
5. Machten Sie jemals finanzielle Zuwendungen an die NSDAP oder eine sonstige Naziorg. nein  
an welche entfällt in welchen Jahren: insgesamt RM:

I/17515  
Lfd. Nr.

## Quittung

Bei der Lebensmittelkartenausgabe vorzuzeigen!

Vom Meldepflichtigen selbst auszufüllen  
und sorgfältig aufzubewahren!

Herr xxxxxx Heinrich Heinz geb. am 15./X.05.  
Zuname Vorname  
wohnhaft in Heidelberg / Fischmarkt xxxxx 7  
Dienststelle seinen Meldebogen abgegeben. xxxxx hat heute auf unterzeichneter

26. Apr. 1947

Ort

Datum

polizeirevier 1

Stempel und Unterschrift d. Dienststelle



6. Zugehörigkeit zur Wehrmacht, Polizeiformationen, RAD, OT, Transportgruppe Speer u. ä.

	Genaue Bezeichnung der Formation	höchster erreichter Rang	ab wann	Klasse oder Teil B
a	<b>keine</b>			
b				

- c Waren Sie NS-Führungsoffizier (auch wenn nicht bestätigt)? **nein** von ..... bis .....
- d Waren Sie Generalstabsoffizier? **nein** Rang ..... von ..... bis .....

7.	In welchen Organisationen (Wirtschaft, Wohlfahrt) bekleideten Sie ein Haupt-, Neben- oder Ehrenamt?	Höchster Rang oder höchstes bekleidetes Amt oder Tätigkeit, auch vertretungsweise oder ehrenhalber	
	Bezeichnung	von	bis
a	<b>keine</b>		
b			
c			
d			
e			
f			

8. Angaben über Ihre Haupttätigkeit, Einkommen und Vermögen seit 1932

Ziff.	Jahr	Waren Sie selbstständig oder Arbeitnehmer?	Falls selbstständig Zahl der Beschäftigten	Stellung oder Dienstbezeichnung als Arbeiter, Handwerker, Angestellter, Beamter, Vorstand, Gesellschafter, Aufsichtsrat, Unternehmer, freier Beruf etc.	Firma des Arbeitgebers oder eigene Firma bzw. Berufsbezeichnung mit Anschrift	Steuerpflichtiges Gesamteinkommen d. Betroffenen RM	Steuerpflichtiges Vermögen des Betroffenen RM
a	1932	<b>selbstständig</b>				15.000.--	
b	1934					18.000.--	
c	1938					20.000.--	
d	1943					15.000.--	
e	1945					0.--	

9. Haben Sie Unternehmen oder Betriebe betreut oder kontrolliert? **nein**  
Welche? **entfällt**

10. Wurden Ihnen von Staat, Partei, Wirtschaft oder anderen Organisationen bisher nicht aufgeführte Titel, Dienstränge oder -bezeichnungen verliehen? **nein**  
Welche? **entfällt**

11. Läuft oder lief für Sie bereits ein Prüfungsverfahren? **ja** Akt Zeichen: **K-GSRB-295-701**  
Wo? **Berlin - District** Mit welchem Ergebnis? **Freispruch**

12. Ist Ihre Beschäftigung von der Militärregierung schriftlich genehmigt? **ja**  
Vorläufig? **ja** Endgültig? **ja** Ist Ihre Beschäftigung von der Militärregierung abgelehnt? **ja**

Durch welche örtliche Militärregierung und wann wurde Ihre Beschäftigung genehmigt? **XXXXXXX**  
**XXXX Office of Military Government Berlin-District / Public Safety -**

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir gemachten Angaben. Falsche oder irreführende oder unvollständige Angaben werden gemäß Art. 65 des Gesetzes zur politischen Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft. **Spezial Branch**  
**APD 755, US -**  
**Army v. 20./9.**

13. In welche Gruppe des Gesetzes gliedern Sie sich ein? **Mitläufer**  
Falls Sie glauben, daß das Gesetz nicht auf Sie Anwendung findet, geben Sie Gründe an:

14. Bemerkungen: **Das unter 11 und 12 angezogene Verfahren vor der Berliner U.S. Militärregierung ist m.E. einem Spruchverfahren gleich zu erachten, sodass ein weiteres Verfahren in der amerikanischen Zone sich erübrigt!**

Unterschrift: **Heidelberg, den 23. April 1947**

Name: **Heinrich** Vorname: **Heinrich**



Form

OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT  
BERLIN DISTRICT

Public Safety — Special Branch

APO 755, US Army

20 Sep 46

Fo.

Subject: Denazification Appeal Case No.: K-GSRB-295-701

of: Mr. HEINRICH, Heinz  
82 Yorckstr.  
Berlin SW 61

To : See Distribution.

In accordance with para 4, sec. (iv) of Allied Kommandatura Order BK/O (46) 102, dated 26 February 1946, this case has been reviewed by Public Safety Branch, Office of Military Government, Berlin District.

The final decision in this case is indicated by check mark below:

- a. ( ) Appeal Denied — Appellant more than a nominal Nazi.
- b. ( X ) Appeal Upheld — Appellant only a nominal Nazi.
- c. ( ) Appeal Upheld — No evidence of Nazi Activity.

3. The present category of the appellant, under BK/O (46) 101a, is:

- a. ( ) Non-employment mandatory, except for position of ordinary labor.
- b. ( ) Employment discretionary with employer.
- c. ( X ) No objection to employment.

1. Dieser Entnazifizierungsantrag ist in Übereinstimmung mit Paragraph 4, Absatz (iv), des Befehls BK/O (46) 102 vom 26. Februar 1946 der Alliierten Kommandantur von der Public Safety Branch, Office of Military Government, Berlin District, geprüft worden.

2. Die endgültige Entscheidung in diesem Fall ist nachstehend eingezeichnet:

- a. Antrag abgelehnt — Antragsteller mehr als ein nomineller Nazi.
- b. Antrag genehmigt — Antragsteller nur ein nomineller Nazi.
- c. Antrag genehmigt — Kein Nachweis einer Nazi-Betätigung.

3. Der Antragsteller befindet sich gegenwärtig gemäß BK/O (46) 101a in der folgenden Beschäftigungsgruppe:

- a. Beschäftigung verboten, ausgenommen Beschäftigung als gewöhnlicher Arbeiter.
- b. Beschäftigung vom Arbeitgeber abhängig.
- c. Kein Einwand gegen Beschäftigung.

For the Director:

Distribution:

- ✓ Appellant — 1
- US Liaison Officer
- VBK
- Att. Denazification Comm. — 1
- MGSRB — Att. Maj. RADOSTA — 1
- Chief Manpower Branch, OMG-BD — 1
- File — 1



ULRICH R. GRESS  
Capt., A. C.  
Special Branch Officer







Heidelberg, 23. Sept. 1947  
Dr.Ha./Z.

A k t e n v e r m e r k

1. Durch Rücksprache mit Herrn Römann habe ich erfahren, daß die Spruchkammerverfahren, bei denen Entscheidungen aus anderen Zonen bereits ergangen sind, nach Mitteilungen an die Kammern vom 3.Mai 1947 Nr.37 Hiffer 6 zunächst zurückzustellen sind. Ausnahmen sind nur für solche Personen gegeben, die ein berechtigtes Interesse an der Führung des Verfahrens nachweisen können, z.B. bei bestehender Vermögenssperre. Ob der Entnazifizierungsbescheid von Berlin anerkannt wird, konnte ich nicht in Erfahrung bringen.
2. Das Verfahren gegen Herrn H e i n r i c h ist noch nicht in Gang gesetzt.

II. Herrn Dr. Heimerich zur gefl. Kenntnisnahme







*W. 4*  
2. September 1947.  
*ch 2/9*

Dr. O. / M.  
- 5 -  
*d. J. J. J.*

Herrn

Heinz Heinrich  
i. Fa. Walter Reich  
-Arzneimittel-Grosshandlung-

Berlin NO - 18.  
Meyerbeerstrasse 27 - 29 .

Sehr geehrter Herr Heinrich !

Wir bestätigen dankend den Empfang Ihrer Zeilen vom 18. August 1947 und übersenden Ihnen in der Anlage Abschrift des Bescheids vom 29. August 1947, den wir heute vom Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden in Stuttgart erhalten haben. Nach menschlichem Ermessen dürfte damit auch diese Angelegenheit ihre endgültige Erledigung gefunden haben .

Ihre baldige Anwesenheit in Heidelberg ist also unter diesen Gesichtspunkten nicht mehr notwendig, wenngleich wir Sie sehr gerne wieder einmal hier begrüßen würden .

Mit freundlichen Grüßen auch an Ihre Frau Gemahlin  
von Herrn Dr. Heimerich und  
Ihrem sehr ergebenen

1 Anlage

*A*  
( Dr. Otto )  
Rechtsanwalt



2. September 1947.

Dr. O. M.  
- 2 -

Rechts  
Herrn Dr. O. M.  
1.7.47. Walter Kuhn  
- Anwaltskanzlei -

Rechts  
Herrn Dr. O. M.  
1.7.47. Walter Kuhn  
- Anwaltskanzlei -

Herrn Dr. O. M.

Wir bestätigen damit den Empfang Ihrer Briefe vom  
18. August 1947 und übermitteln Ihnen in der Anlage Abschrift  
des Bescheides vom 18. August 1947, den wir heute von Wirtschafts-  
senatspräsidenten Wirtschaftsausschuss erhalten  
haben. Nach demnachstenden Umständen dürfte damit auch diese  
Angelegenheit Ihre rechtliche Klärung gefunden haben.

Ihre baldige Angelegenheit in Heidelberg ist also unter  
diesen Umständen nicht mehr notwendig, weshalb wir  
Sie sehr gerne wieder einmal hier begrüßen würden.

Mit freundlichen Grüßen auch an Ihre Frau Gemahlin  
von Herrn Dr. O. M. und  
Ihren sehr ergebenen

1. Anlage

(Dr. O. M.)  
Rechtsanwalt



1. Sept. 1947.

Dr.O./S.  
- 5 -

An das  
Amt für Vermögenskontrolle


Heidelberg  
Bergheimerstr. 147

Betr.: Firma Walter R e i c h G.m.b.H., Heidelberg, Fischmarkt

*Genehmigung des*  
Die Eintragung der obengenannten Firma im Handelsregister  
ist in der ersten Augustwoche durch Ihr Amt erteilt worden.

Bei Ihren Akten befindet sich Fotokopie des Denazifizie-  
rungsbescheids der Militärregierung des Berliner US-Sektors  
für den Mitinhaber der obengenannten Firma, Herrn Heinz H e i n-  
r i c h . Da wir diese Fotokopie nunmehr für andere Zwecke  
benötigen, erbitten wir bezugnehmend auf unser heutiges Tele-  
fongespräch mit Herrn Stiel deren gefällige Rückgabe.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

  
(Dr. Otto)  
Rechtsanwalt.



1. April 1947

4/19

1. April 1947

an den  
Herrn Vorsitzenden

Landesrat  
Landesrat

Herrn Vorsitzenden, Landesrat, Herr Vorsitzenden, Landesrat

*[Handwritten signature]*

Herr Vorsitzenden, Landesrat, Herr Vorsitzenden, Landesrat

Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit zu schreiben, dass ich

mit Ihnen die Ehre habe, Ihnen hiermit zu schreiben, dass ich

mit Ihnen die Ehre habe, Ihnen hiermit zu schreiben, dass ich

mit Ihnen die Ehre habe, Ihnen hiermit zu schreiben, dass ich

mit Ihnen die Ehre habe, Ihnen hiermit zu schreiben, dass ich

mit Ihnen die Ehre habe, Ihnen hiermit zu schreiben, dass ich

mit Ihnen die Ehre habe, Ihnen hiermit zu schreiben, dass ich

mit Ihnen die Ehre habe, Ihnen hiermit zu schreiben, dass ich

*[Handwritten signature]*

Herr Vorsitzenden  
Landesrat



Heinz H e i n r i c h  
i/Fa. **WALTER REICH**

Arzneimittel-Großhandlung

Fernsprecher: 56 35 27

Postscheckkonto: Berlin 160256

BERLIN NO 18, den 18. August 47.  
Meyerbeerstraße 27-29

Herren

Rechtsanwalt Dr. Dr. Hermann Heimerich

Rechtsanwalt Dr. Heinz G. C. O t t o

H e i d e l b e r g.

H./X.

Betr.: Ihr Schreiben v. 14./8.47-Dr.O./Kr.  
wegen Gewerbe genehmigung.

23. Aug. 1947  
*21/8*

Sehr geehrte Herren Dr. Heimerich und Dr. Otto !

Ihr obiges Schreiben habe ich dankend erhalten und ich möchte Ihnen zunächst auf diesem Wege für die durch Sie geübte Wahrnehmung meiner Interessen in vorgenannter Angelegenheit meinen Dank aussprechen.

Nicht unerwähnt möchte ich hierbei lassen, dass die ganze Angelegenheit durch meinen Aufnahmeantrag bei der Vereinigung des Arzneimittel- und Chemikalien-Grosshandels in Stuttgart vom 27./5.47 wohl überhaupt erst diesen Widerstand und anscheinend auch nur ausschliesslich gegen mich hervorgerufen hat. Soweit mir bekannt ist, habe auch ich nur allein seinerzeit diesen Aufnahmeantrag gestellt, weil ich der Meinung war innerhalb der Branche hierdurch den ordnungsmässigen und korrekten Weg eingehalten zu haben, zumal diese Vereinigung von mir auch nur als eine (Privat-) Vereinigung angesehen wird.

Die weiteren nach dem Zusammenbruch allein schon in Heidelberg neu zugelassenen zwei bis drei Firmen haben oder aber zumindest hatten sicherlich mit diesen Schwierigkeiten nicht zu kämpfen. Dies ist wohl auf die Lieferfähigkeit meiner Firma zurückzuführen, wodurch die einseitige Interessenunterstützung der bisherigen in sich abgeschlossenen Mitgliederzahl der Vereinigung betont wird ohne dabei zu berücksichtigen, dass durch meine Lieferungen den Apotheken und somit der Bevölkerung zusätzliche Arzneimittel aus meinen Kontingenten zugeführt werden.

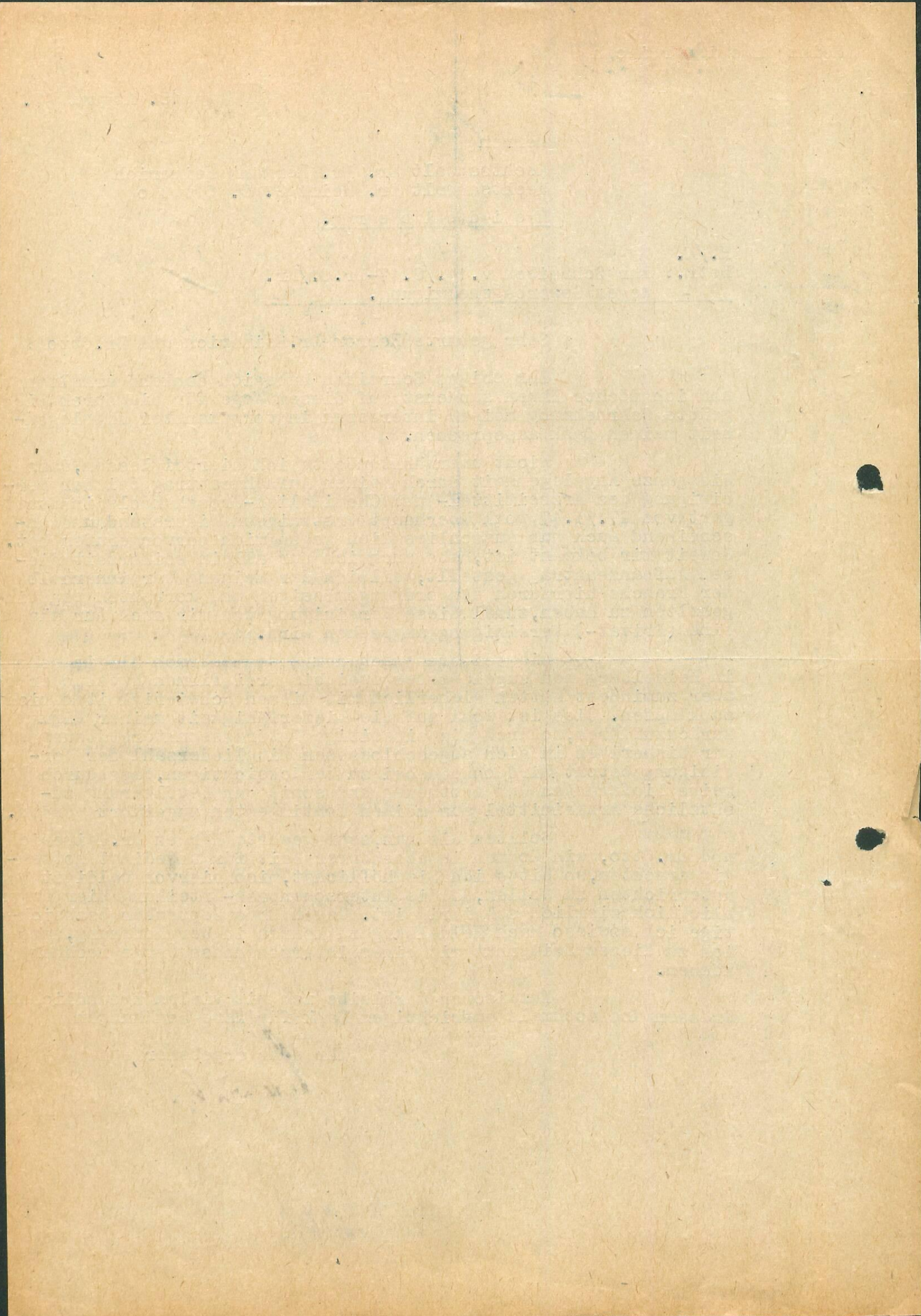
Sollten Sie nun, sehr geehrte Herren Dr. Heimerich und Dr. Otto, mein Kommen in absehbarer Zeit für unbedingt notwendig erachten, so bitte ich Sie höflichst, mich hiervon baldigst unterrichten zu wollen, da die Interzonenpass-Erteilung hier augenblicklich ziemlich schwierig ist. Gegen Ende September beabsichtige ich sowieso nach Heidelberg zu kommen in der Hoffnung, dass ich zu diesem Zeitpunkt mit einem Interzonenpass werde rechnen können.

Inzwischen verbleibe ich mit vielen freundlichen Grüßen und nochmals aufrichtigem Dank für Ihre Bemühungen

Ihr sehr ergebener

*H. Reich*







Wv. 1. IX. 47  
B

14. August 1947

404/8

Dr.O./Kr.

Herrn

Heinz H e i n r i c h  
i. Fa. Walter R e i c h  
-Arzneimittel-Grosshandlung-  
B e r l i n NO 18  
Meyerbeerstr. 27-31

Eintragung  
erwogen  
19.8.47  
B

Sehr geehrter Herr Heinrich!

In Ihrer Gewerbebegenehmigungs-Angelegenheit haben wir mittlerweile das abschriftlich anliegende Schreiben des Wirtschaftsministeriums Württemberg-Baden vom 30.7.1947 erhalten, auf das wir wie in der weiteren Anlage geantwortet haben. Sie wollen daraus ersehen, dass sich die Vereinigung des Arzneimittel-Grosshandels anscheinend hinter die Militärregierung gesteckt hat und auf diesem Wege Ihr Unternehmen noch nachträglich beseitigen will. Es wird u.U. notwendig sein, bei der Militärregierung vorstellig zu werden. Hierzu wäre natürlich Ihre persönliche Anwesenheit ganz besonders angebracht. Selbstverständlich werden wir versuchen, zunächst einmal ohne Ihre Anwesenheit auszukommen.

Wir werden Sie über die Angelegenheit weiterhin auf dem Laufenden halten und Ihr persönliches Erscheinen gegebenenfalls anfordern.

Mit freundlichen Grüßen  
auch an Ihre Frau Gemahlin  
Ihr sehr ergebener

B

(Dr. O t t o )  
Rechtsanwalt.







13. Aug. 1947

Abt. 18

An das

Dr. O./Kr.

Wirtschaftsministerium  
Württemberg-Baden

z.Hdn. von Herrn Rechtsanwalt K e s s l e r

St u t t g a r t - O.

Neckarstr. 195

Betr.: Firma Walter R e i c h , Arzneimittel-Großhandlung,  
Heidelberg, Fischmarkt 7.

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 30.7.1947 obigen  
Betreffs, gestatten wir uns, folgendes vorzutragen:

Das städtische Gewerbeamt in Heidelberg hat die einschlägigen Akten am 14.7.47 der Badischen Landesdirektion, Abteilung für Wirtschaft und Verkehr in Karlsruhe vorgelegt zur Entscheidung über folgende Frage: Die genannte Firma hat unter dem 2.10.1945 die abschriftlich anliegende Ausnahmegenehmigung gemäss §§ 4 und 5 der Anordnung zum Schutz des Großhandels durch den Präsident des Landesdirektoriums Mannheim Abteilung Wirtschaft in Heidelberg erhalten. Dem in dieser Verfügung enthaltenen Hinweis auf das Erfordernis einer zusätzlichen Anzeige gemäss § 15 der Gewerbeordnung wurde durch unser Schreiben vom 19.10.46 Genüge getan. Die erteilte Ausnahmegenehmigung wurde von der Vereinigung des Arzneimittel-Großhandels in Stuttgart angefochten mit der Begründung, dass diese ohne die Genehmigung der Militärregierung, Abteilung Public Health Administration nicht gültig sei. Die Zulassung zum Arzneimittel-Großhandel werde von Stuttgart aus einheitlich gesteuert.

Wegen des näheren Sachverhalts gestatten wir uns, auf unser Schreiben an Herrn Ministerialrat Prof. Dr. H o t z vom 16.7.47 zu verweisen, in dessen Ergänzung wir








darauf hinweisen, dass der Inhaber der Firma Walter Reich, Herr Heinz H e i n r i c h , durch Entscheidung eines Denazifizierungsausschusses des amerikanischen Sektors in Berlin bereits als unbeschränkt beschäftigungswürdig anerkannt ist. Wir haben dem hiesigen Amt für Vermögenskontrolle weiterhin eine ausdrückliche Bescheinigung des Berliner Magistrats vorgelegt, ausweislich deren weder Herr Heinrich noch seine an der Firma beteiligte Ehefrau, Frau Liselotte Heinrich, geb. Blume, unter die Sperre und Kontrolle gemäss Militärregierungs-Gesetz Nr. 52 oder ähnlichen Befehlen und Gesetzen fallen. Das Amt für Vermögenskontrolle in Heidelberg hat die Unbedenklichkeitsbescheinigung zur Handelsregisternässigen Eintragung der Firma erteilt.

Falls Sie Abschriften dieser letztgenannten Bescheinigungen benötigen, bitten wir um Mitteilung, damit wir sie Ihnen sofort zugehen lassen können.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn diese Angelegenheit zu einem günstigen Ergebnis führen würde, da es eine unerträgliche Härte bedeuten würde, wenn der bereits mit grossen Opfern in Gang gesetzte Geschäftsbetrieb nachträglich aus formalen Gründen eingestellt werden müsste. Falls es von dort aus angebracht erscheint, wären wir auch bereit, bei der entsprechenden Stelle der amerikanischen Militärregierung vorstellig zu werden. In diesem Falle wären wir für einen entsprechenden Hinweis zu besonderem Dank verpflichtet.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

  
(Dr. O t t o )  
Rechtsanwalt.



darum bitten, dass der Inhalt der Firma Walter Reiter, Herr  
Herrn H. v. H., durch Entschädigung eines Vermögensverlustes  
ausgeschieden aus dem Unternehmen der Firma Walter Reiter als  
eigenem Geschäftsbetrieb bekannt ist. Wir haben dem Herrn  
Herrn H. v. H. die Vermögensgegenstände weiterhin eine ausreichende  
Unterstützung der Firma Walter Reiter vorgelegt, ausweislich der  
weiter Herr Reiter noch keine an der Firma beteiligte Unter-  
stützung erhalten, sondern, unter der Firma und Kom-  
missionen des Vermögensverlustes Nr. 35 oder ähnlichen Be-  
trägen und Beträgen. Das hat die Vermögensgegenstände in  
Beziehung auf die Unmöglichkeit der Unternehmung der Firma  
glücklicherweise den Weg der Firma erreicht.

Für die Sachverhalte dieser letzten genannten Sachverhalte  
sind wir in der Lage, dass wir die Firma sofort  
ausgeschieden können.

Wir werden Ihnen sehr dankbar sein, wenn diese Angelegenheit  
einem günstigen Ergebnis führen würde, da es eine unangenehme  
Lage bedeutet wäre, wenn der Verlust mit neuen Geldern in  
den Geschäftsbetrieb nachträglich aus demselben Grund  
eingesetzt werden würde. Bitte so von dort ein Angebot zu  
machen, wenn wir auch bereit, bei der entsprechenden Stelle  
amerikanischen Vermögensgegenstände vorzulegen zu werden. In diesem  
Falle werden wir die einen entsprechenden Hinweis zu beenden  
Dank sehr.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Dr. G. v. H.)  
Rechtsanwalt



# Wirtschaftsministerium

Württemberg-Baden  
Rechtsanwalt Kessler

(14a) Stuttgart-O, den 30. Juli 1947  
Neckarstraße 195  
Fernsprecher Nr. 90057/59

Aktenzeichen:

(Aktenzeichen im Schriftverkehr stets angeben)

Herrn

Dr. Dr.h.c. Hermann Heimerich

Heidelberg

Neuenheimer Landstr.4.

Betreff: Firma Reich, Arzneimittel-  
großhandlung, Heidelberg.

0 Anl.

9. Aug. 1947

*Handwritten signature*

Ich nehme Bezug auf Ihre Zuschrift, die Sie in der Angelegenheit der Firma Reich, Heidelberg, an Herrn Ministerialrat Dr. Hotz im Wirtschaftsministerium gerichtet haben und die er mir zuständigkeitshalber übergeben hat. Bevor ich auf die Sache selbst eingehen kann, bitte ich Sie, mir die Ihnen vorliegenden oder die Ihnen bekannt gewordenen Unterlagen zugänglich zu machen, da aus dem an Herrn Ministerialrat Dr. Hotz gerichteten Schreiben mir dies nicht mit der wünschenswerten Klarheit hervorzugehen scheint. Insbesondere bitte ich Sie - wenn es Ihnen möglich ist - mir jetzt schon mitzuteilen, welche Bedenken das Städt. Gewerbeamt in Heidelberg gegen die Firma Reich tatsächlich und gegen deren Zulassung im Oktober 1945 hat. Sobald ich von Ihnen weitere Unterlagen habe - ich empfehle überdies sich diese gegebenenfalls von der Firma Reich geben zu lassen -, werde ich das Städt. Gewerbeamt in Heidelberg und weiterhin die Badische Landesdirektion, Abteilung für Wirtschaft und Verkehr in Karlsruhe, um Vorlage der Akten bitten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

24. Juli an H. Heimerich

*Handwritten signature*

8.54 Anruf v. H. Heimerich  
Vom. Heimerich, v. Gmnd. Städt. Reg.  
Gmnd. Reg. d. Städt. Reg. 1945  
v. d. Städt. Reg. 1945  
Wird auf dem 1.8.1947

407, Public Health Administration



10/10/10



# Abschrift

Dr. iur. h. c. Hermann Helmerich  
Dr. Heinz O. G. Otto  
Rechtsanwalt  
(172) Heidelberg  
Neuenheimer Landstr. 4

8. August 1947.

Dr. O. G.

an das  
Amtsgericht  
- Registergericht -

Heidelberg  
Seminestr.

Betr.: Eintragung der Walter Reich G.m.b.H. im Handelsregister.

In der Anlage geben wir die Registerakten obigen Betreffs  
zusamt dem Unbedenklichkeitszeugnis des Amts für Vermögenskon-  
trolle - Kreis Heidelberg - zurück.

Zu den Einwendungen der Industrie- und Handelskammer Kreis  
Heidelberg wird folgendes angeführt:

Es handelt sich nicht um eine abgeleitete Firma im Sinne  
des § 22 HGB, da kein bestehendes Handelsgeschäft in die Firma  
eingebracht wird, sondern um eine Personalfirma mit der Beson-  
derheit, daß der Name der Firma nicht nach dem persönlichen Na-  
men eines Gesellschafters, sondern nach dem Namen dessen Einzel-  
handelsfirma, die ihrerseits abgeleitet ist, sich bestimmt.

Dies ist nach herrschender Ansicht zulässig (vgl. Kommentar  
von Staub-Fachenberg, Ring-Schmidt, 5. Aufl. 1926, § 2 Anmerk.  
28 S. 112; Handbuch des Registerwesens von Walter Michaelis §  
16, S. 44/45). Diese Frage wurde bereits mit dem Amtsgerichts-  
rat Hr. Engelbrecht besprochen, worauf wir Bezug nehmen. Eine  
Genehmigung gemäß § 22 HGB würde höchstens in Frage kommen für  
die Übernahme der Firma Walter Reich durch den Gesellschafter  
Heinz/  
Reich, die hier nicht in Frage steht, da es sich hier um ei-  
nen ganz anderen Rechtsvergang, nämlich die Begründung einer








G.m.b.H. mit Personenfirma handelt. Im übrigen scheint es uns ein unfruchtbarer Formalismus zu sein, wenn neben der Unterschrift des Firmeninhabers unter den Gesellschaftsvertrag noch außerdem eine "ausdrückliche" Einwilligung gefordert wird. Nach Baumbach HGB Erl. 5 B zu § 22 besagt der Gesetzeswortlaut "ausdrücklich" nichts weiter, als daß die Einwilligung nie in der bloßen Uebertragung des Unternehmens liegt. Wenn aber der betreffende Firmeninhaber ausdrücklich durch seine Unterschrift einen Gesellschaftsvertrag zustimmt, in dem die in Rede stehende Firmierung vorgesehen ist, dann kann wohl eine "ausdrückliche" Einwilligung nicht mehr verlangt werden.

Nach alledem dürfte nunmehr der Eintragung der G.m.b.H. nichts mehr im Wege stehen.

  
gez. Dr. Otto  
(Dr. Otto)  
Rechtsanwalt.



1. Die ...  
2. Die ...  
3. Die ...  
4. Die ...  
5. Die ...  
6. Die ...  
7. Die ...  
8. Die ...  
9. Die ...  
10. Die ...  
11. Die ...  
12. Die ...  
13. Die ...  
14. Die ...  
15. Die ...  
16. Die ...  
17. Die ...  
18. Die ...  
19. Die ...  
20. Die ...  
21. Die ...  
22. Die ...  
23. Die ...  
24. Die ...  
25. Die ...  
26. Die ...  
27. Die ...  
28. Die ...  
29. Die ...  
30. Die ...  
31. Die ...  
32. Die ...  
33. Die ...  
34. Die ...  
35. Die ...  
36. Die ...  
37. Die ...  
38. Die ...  
39. Die ...  
40. Die ...  
41. Die ...  
42. Die ...  
43. Die ...  
44. Die ...  
45. Die ...  
46. Die ...  
47. Die ...  
48. Die ...  
49. Die ...  
50. Die ...  
51. Die ...  
52. Die ...  
53. Die ...  
54. Die ...  
55. Die ...  
56. Die ...  
57. Die ...  
58. Die ...  
59. Die ...  
60. Die ...  
61. Die ...  
62. Die ...  
63. Die ...  
64. Die ...  
65. Die ...  
66. Die ...  
67. Die ...  
68. Die ...  
69. Die ...  
70. Die ...  
71. Die ...  
72. Die ...  
73. Die ...  
74. Die ...  
75. Die ...  
76. Die ...  
77. Die ...  
78. Die ...  
79. Die ...  
80. Die ...  
81. Die ...  
82. Die ...  
83. Die ...  
84. Die ...  
85. Die ...  
86. Die ...  
87. Die ...  
88. Die ...  
89. Die ...  
90. Die ...  
91. Die ...  
92. Die ...  
93. Die ...  
94. Die ...  
95. Die ...  
96. Die ...  
97. Die ...  
98. Die ...  
99. Die ...  
100. Die ...

See. 11. Otto  
11. Otto  
11. Otto



8. August 1947.

Dr.C./S.

An das  
Amtsgericht  
- Registergericht -

Heidelberg  
Seminarstr.

Betr.: Eintragung der Walter Reich G.m.b.H. im Handelsregister.

In der Anlage geben wir die Registerakten obigen Betreffs  
mitsamt dem Unbedenklichkeitszeugnis des Amts für Vermögenskon-  
trolle - Kreis Heidelberg - zurück.

Zu den Einwendungen der Industrie- und Handelskammer Kreis  
Heidelberg wird folgendes ausgeführt:

Es handelt sich nicht um eine abgeleitete Firma im Sinne  
des § 22 HGB, da kein bestehendes Handelsgeschäft in die Firma  
eingebracht wird, sondern um eine Personenfirma mit der Beson-  
derheit, daß der Name der Firma nicht nach dem persönlichen Na-  
men eines Gesellschafters, sondern nach dem Namen dessen Einzel-  
handelsfirma, die ihrerseits abgeleitet ist, sich bestimmt.  
Dies ist nach herrschender Ansicht zulässig (vgl. Kommentar  
von Staub-Haenchenburg, Bing-Schmidt, 5. Aufl. 1926, § 2 Anmerk.  
28 S. 112; Handbuch des Registerwesens von Walter Michaelis §  
16, S. 44/45). Diese Frage wurde bereits mit Herrn Amtsgerichts-  
rat Dr. Engelbert besprochen, worauf wir Bezug nehmen. Eine  
Genehmigung gemäß § 22 HGB würde höchstens in Frage kommen für  
die Übernahme der Firma Walter Reich durch den Gesellschafter  
Heinz/  
Heinrich, die hier nicht in Frage steht, da es sich hier um ei-  
nen ganz anderen Rechtsvorgang, nämlich die Begründung einer



March 15, 1911

10

Dear Sir,

I have the honor to acknowledge the receipt of your letter of the 14th inst.

in relation to the matter of the proposed extension of the term of the lease of the land.

The Board of Directors has considered the matter and has decided to grant the extension.

The extension will be for a period of five years, commencing on the 1st day of January, 1912.

The Board has also decided to grant the extension on the same terms as the original lease.

The Board has also decided to grant the extension on the same terms as the original lease.

I am, Sir, very respectfully, your obedient servant,

Very truly yours,

John D. Smith, President

Enclosed for you are two copies of the resolution of the Board of Directors.

I am, Sir, very respectfully, your obedient servant,

John D. Smith, President

Very truly yours,

John D. Smith, President

Very truly yours,

John D. Smith, President

I am, Sir, very respectfully, your obedient servant,

John D. Smith, President

Very truly yours,

John D. Smith, President

Very truly yours,

John D. Smith, President



G.m.b.H. mit Personenfirma kanzelt. Im übrigen scheint es uns ein unfruchtbarer Formalismus zu sein, wenn neben der Unterschrift des Firmeninhabers unter den Gesellschaftsvertrag noch außerdem eine "ausdrückliche" Einwilligung gefordert wird. Nach Baumbach HGB Erl. 5 B zu § 22 besagt der Gesetzeswortlaut "ausdrücklich" nichts weiter, als daß die Einwilligung nie in der bloßen Übertragung des Unternehmens liegt. Wenn aber der betreffende Firmeninhaber "ausdrücklich" durch seine Unterschrift einen Gesellschaftsvertrag zustimmt, in dem die in Rede stehende Firmierung vorgesehen ist, dann kann wohl eine "ausdrückliche" Einwilligung nicht mehr verlangt werden.

Nach alledem dürfte nunmehr der Eintragung der G.m.b.H. nichts mehr im Wege stehen.

(Dr. Otto)  
Rechtsanwalt.







4. August 1947  
ab 4/8

Dr. p./S.

An das  
Amt für Vermögenskontrolle


Heidelberg  
Berghelmerstr. 147

Betr.: Genehmigung zur Eintragung der Firma Walter Reich GmbH.  
im Handelsregister.

Im Nachgang zu unserem Schreiben vom 23.7.47 in obiger Sache reichen wir Ihnen nunmehr Fotokopie einer Bescheinigung des Magistrats von Groß-Berlin vom 28.7.47 nach, aus der sich ergibt, daß die Gesellschafterin der G.m.b.H., Frau Lieselotte Heinrich geb. Blum, nicht unter das Gesetz Nr. 52 fällt. Wir bitten, wenn es möglich ist, den Ueberbringer dieses Schreibens die Registerakten mitsamt der Unbedenklichkeitsbescheinigung mitzugeben.

Mit bestem Dank für Ihre Bemühungen und

mit vorzüglicher Hochachtung!

  
(Dr. Otto)  
Rechtsanwalt.

1 Anlage



100-10000

100-10000

100-10000

100-10000

100-10000

100-10000

100-10000

100-10000

100-10000

100-10000

100-10000

100-10000

100-10000

100-10000

100-10000

100-10000





Einschreiben

Per Filboten!



Fa.

Walter Reich

Durch Filboten

WALTER REICH

Arzneimittel - Großhandlung

Berlin NO 18

Meyerbeerstraße 27-29

Fernruf: 56 35 27

(17a)

Heidelberg

Fischmarkt 7







Magistrat von Gross-Berlin

Abteilung für Wirtschaft

Anschrift: Magistrat von Groß-Berlin/Abteilung für Wirtschaft  
(1) Berlin NW 7, Dorotheenstraße 8

Herrn

Hans H e i n r i c h  
Inhaber der Firma Walter Reich  
Arzneimittelgroßhandlung

(1) B e r l i n NO 18  
Meyerbeerstr, 27-29

Unser Zeichen:

Dr. Ib/Li

Tag:

28.7.47

Auf Ihren Antrag vom 28.7.1947 wird hiermit bescheinigt, dass Ihre seit 1935 in Ihrem Betriebe in verantwortlicher Stellung tätige Ehefrau Liselotte H e i n - r i c h, geb. Blume, zur Zeit in Heidelberg, Fischmarkt 7, weder durch das Kontrollratsgesetz Nr.52, noch durch den inhaltlich gleichen sowjetischen Befehl Nr. 124 oder eine andere behördliche Beschlagnahmeanordnung hinsichtlich Ihres Vermögens betroffen ist.

Diese Tatsache folgt aus dem Umstande, dass laut Ihrer eidesstattlichen Versicherung vom 28.7.1947 Ihre Ehefrau politisch nicht belastet ist, und beim zuständigen Bezirksamte und dem Hauptamte V über eine politische Belastung nichts bekannt ist.

Diese Bescheinigung wird zum Zwecke der Vorlage bei den in Betracht kommenden Behörden der amerikanischen Zone Deutschlands erteilt.

I.A.

(Siegel)

gez. Unterschrift



Registrierung von Firmen in Berlin

Abteilung für Wirtschaft

Anschreiben: Registrierungsamt von Groß-Berlin/Abteilung für Wirtschaft  
(1) Berlin NW 7, Postfachstraße 5

Herrn

Herrn E. i. n. i. c. h.  
Inhaber der Firma Walter Reiter  
Arbeitsmittelforschung

(1) Berlin NW 7, Postfachstraße 5

Registrierungsamt, 27-29

Sehr geehrter Herr:

Unser Zeichen:

20.7.47

Dr. E. i. n. i. c. h.

An Ihren Antrag vom 20.7.1947 wird hiermit be-  
schlossen, dass Ihre seit 1935 in Ihrem Betrieb in ver-  
antwortlicher Stellung tätige Ehefrau Elisabeth E. i. n. i. c. h., geb. Bismarck, zur Zeit in Berlin, Postfach 7,  
weder durch das Kontrollratsgesetz Nr. 52, noch durch den  
inhaltslich gleichen sowjetischen Gesetz Nr. 124 oder eine  
andere technische Beschränkungsordnung hinsichtlich  
Ihres Vermögens betroffen ist.

Diese Tatsache folgt aus dem Umstand, dass laut  
Ihrer eidesstattlichen Versicherung vom 20.7.1947 Ihre  
Ehefrau politisch nicht belastet ist, und beim zuständigen  
Bezirksamt und dem Hauptamt V über eine politische Be-  
lastung nichts bekannt ist.

Ihre Registrierung wird zum Zwecke der Vorlage  
bei den in Betracht kommenden Behörden der amerikanischen  
Zone Deutschlands erteilt.

I.A.

von Unterzeichnet

(Stempel)



Ministerialrat Prof.Dr.-Ing.Hotz  
im **Wirtschaftsministerium**  
Württemberg - Baden

16/8. ✓  
(14a) Stuttgart-O, den 22. Juli 1947  
Neckarstraße 195  
Fernsprecher Nr. 90057/59

Aktenzeichen: Ho/Le.  
(Aktenzeichen im Schriftverkehr stets angeben)

Herrn  
Dr.Dr.h.c. Hermann Heimerich  
(17a) Heidelberg  
Neuenheimerlandstr.4

14/5  
25. Juli 1947  
Abm. Hotz.  
Eberhard

Sehr geehrter Herr Dr.Heimerich !

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 16.ds.Mts.  
und bin gerne bereit, bei der Klärung der Schwierigkeiten hin-  
sichtlich der Betriebsgenehmigung der Firma Reich mitzuwirken.  
Die Lizenzierung der Betriebe gehört seit längerer Zeit nicht  
mehr zu meinem Geschäftsteil. Ich habe Ihr Schreiben daher an  
die zuständige Abteilung unseres Ministeriums weitergegeben und  
gebeten, mich über den Stand der Angelegenheit zu unterrichten  
und Ihnen gleichzeitig Auskunft über den Stand der Angelegenheit  
zu erteilen.

Mit verbindlichen Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener

Hotz



12/12



23. Juli 1947

*Dr. Otto Reich*  
Dr. O. / R.  
- 5 -

An das  
Amt für Vermögenskontrolle  
Heidelberg  
Bergheimerstrasse 147.

Betrifft : Genehmigung zur Eintragung im Handelsregister .

Wunschgemäß überreiche ich in der Anlage nochmals die Registerakten der Firma Walter R e i c h G.m.b.H. mit der Bitte , um Erteilung der erforderlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung .

Abschrift des Eintragungsentrages und der Gesellschafterliste sind Ihnen mit unserem Schreiben vom 7. Juli 1947 bereits zugegangen .

Unbedenklichkeitsbescheinigung des Berliner zuständigen Amtes wird in der Anlage überreicht .

Mit vorzüglicher Hochachtung !

*Dr. Otto Reich*  
(Dr. Otto)  
Rechtsanwalt

2 Anlagen .



1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941



Magistrat von Groß-Berlin  
Abt.f.Wirtschaft  
- Rechtsamt -

Abschrift

Berlin NW 7, den 16.7.1947  
Universitätsstr.2/3a  
42 5741-App.30.

An die

Firma Walter R e i c h ,  
Arzneimittelgrosshandlung,

B e r l i n NO 18,  
Meyerbeerstr.27-31.

Betr.: Ihren Antrag vom 15.7.1947.

Auf Ihren Antrag vom 15.Juli 1947 wird auf Grund der von Ihnen eingereichten eidesstattlichen Versicherung vom 15.Juli 1947, der Bescheinigung des Bezirksamts Berlin - Prenzlauer Berg vom 15.7.1947 und der hieramtlichen Aufzeichnungen im Einvernehmen mit dem Hauptamt V (Chemie) bestätigt, dass das Vermögen Ihrer Firma und ihres Inhabers Herrn H e i n r i c h weder durch das Kontrollratsgesetz Nr.52 noch durch den inhaltlich ähnlichen sowjetischen Befehl 124 oder einen andere behördliche Beschlagnahmevervorschrift oder Beschlagnahmeverfügung betroffen ist .

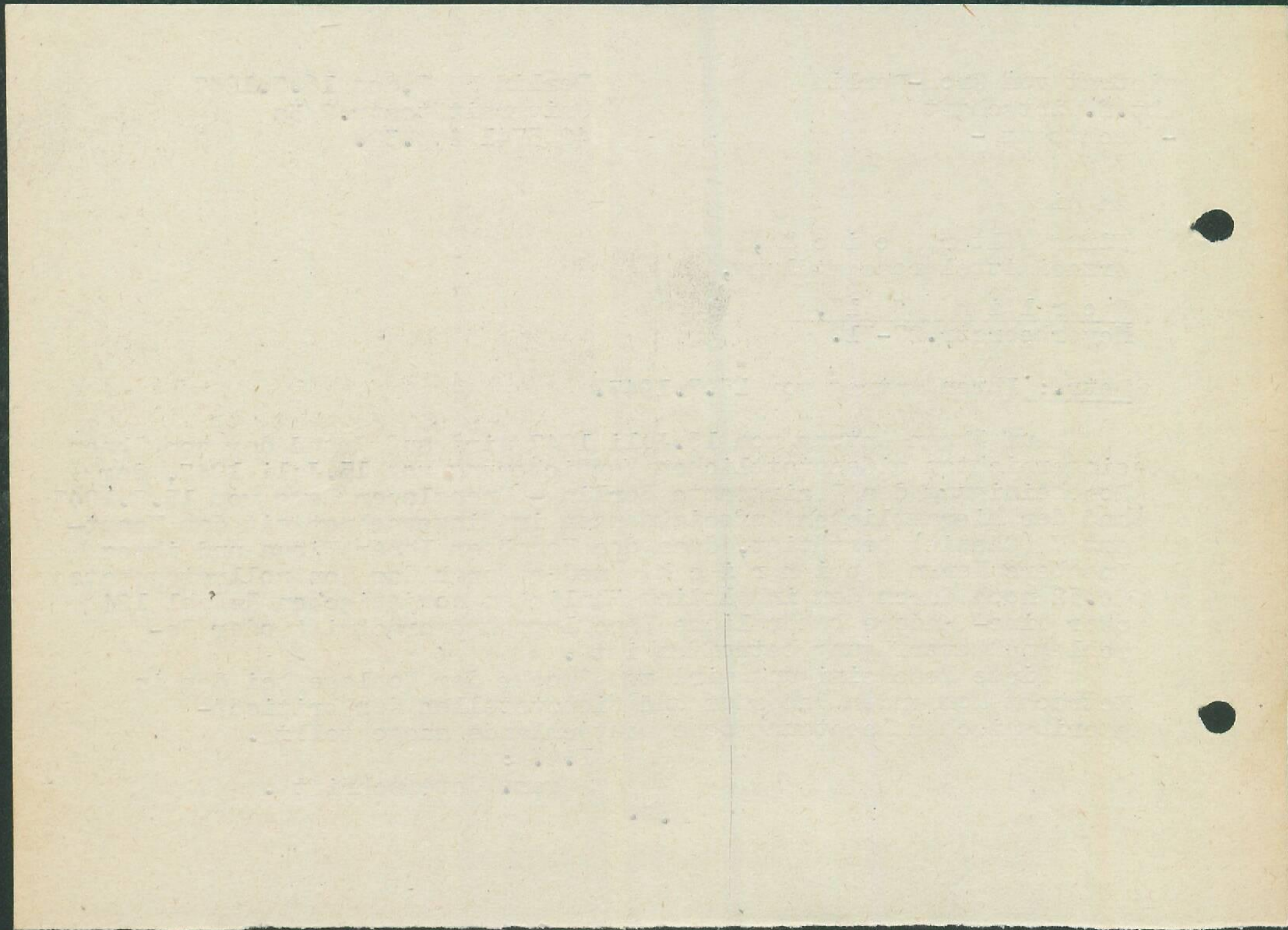
Diese Bescheinigung wird zum Zwecke der Vorlage bei den in Betracht kommenden Behörden und Dienststellen der britisch-amerikanischen Besatzungszone Deutschlands ausgestellt .

I.A. :

gez. Unterschrift .

L.S.







Bezirksamt Prenzlauer Berg  
von Groß-Berlin  
Abt. für Wirtschaft  
— Handel und Handwerk —

Berlin NO 55, den 15. Juli 1941,  
Treskowstr. 35. Zimmer 17 - Un/Z

Bescheinigung.

Hierdurch wird bescheinigt, daß die Firma Walter R e i c h,  
Arzneimittelgroßhandlung, Inh. Hans Heinrich, NO 18, Meyerbeerstr.  
Nr. 27 - 29, bei uns ordnungsgemäß gemeldet und registriert ist und  
laut den uns vorliegenden Unterlagen nicht unter das Gesetz 52 bzw.  
unter den Befehl 124 fällt.



i. A.:

*[Handwritten signature]*



**Stadt Berlin**  
**Bezirksamt Prenzlauer Berg**  
Abteilung  
Wirtschaft - Handel - Gewerbe und Verkehr

Berlin, den .....

Revier .....

für Monat ..... 19 .....

**Berichtsbogen Nr. 1**  
für Einzel- und Großhandelsbetriebe aller Art

1. Art des Betriebes .....  
(Groß- bzw. Kleinhandelsgeschäft - Branche)

2. Inhaber .....

(falls Treuhänder oder kommissarischer Verwalter

Name .....

Anschrift.....)

3. Sitz des Betriebes

Straße



Heinz Heinrich

fa. **Walter Reich**

Arzneimittel-Großhandlung

Berlin NO 18 / Heidelberg

Berlin NO 18, den 15. Juli 1947

Herrn

Dr. Dr. Hermann Heimerich

Heidelberg.

H/Z

Betr.: Gewerbebehörde-Genehmigung.

23. Juli 1947

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich!

Auf Grund eines heute mit meiner Frau geführten Ferngesprächs habe ich mit Erstaunen davon gehört, dass die Gewerbebehörde in Heidelberg der Firma dortselbst die Genehmigungserteilung versagt.

Ich möchte Sie nun hierdurch höflichst bitten, sehr geehrter Herr Dr. Heimerich, Ihren Einfluss geltend zu machen, wozu ich noch kurz zu der Einstellung der Gewerbebehörde folgende Erläuterungen gebe:

In der Genehmigung des Präsidenten des Landesdirektoriums Mannheim, Abteilung Wirtschaft, vom 2.10.45 Nr. 3190/III wird auf die Anmeldung bei der Polizeidirektion Abteilung II in Heidelberg hingewiesen. Diese Anmeldung ist in Mitteilungsform durch Sie am 15.10.46 erfolgt. Nach Rücksprache mit Ihnen und Herrn Dr. Otto ist nach Gründung der G.m.b.H. eine weitere Antragsstellung nicht erfolgt, da dies bereits zwischenzeitlich durch die gegebene Mitteilung geschehen war.

Nachdem ich meinen Betrieb in Heidelberg eröffnet habe, wird nunmehr plötzlich nach Monaten die Angelegenheit erneut aufgerollt, was mir bereits kurz vor meiner Abreise vertraulich mitgeteilt wurde (s. hierzu mein an Sie gerichtetes Schreiben vom 2.6.47).

Die Gewerbebehörde verlangt, nach Rücksprache mit meiner Frau, u.a. Angaben, die Mitteilung über die Höhe des Umsatzes. Meiner Ansicht nach kann dies nur eine Folgeerscheinung auf Grund der Eingabe der Konkurrenzen sein, denn bei einer Genehmigungserteilung für eine Neueröffnung ist ja zunächst gar kein Umsatz vorhanden. Wie bereits in meinem erwähnten Schreiben vom 2.6.47. zum Ausdruck gebracht, handelt es sich hier darum, dass meine Firma auf Grund der Lieferfähigkeit den dortigen Konkurrenzen ein Dorn im Auge ist, so dass von diesen diese Aktion durch die Gewerbebehörde gestartet wurde. Mein Umsatz in Heidelberg ist selbstverständlich zunächst noch gering. Da ich meinen Betrieb jedo



nach und nach in Gang bringen kann, können m.E. irgendwelche Rückschlüsse in keiner Weise gefolgert werden.

Sie sehen, sehr geehrter Herr Dr. Heimerich, dass mein Kampf gegen die Behörden, Wirtschaftsverbände etc. anscheinend niemals abreist. Gott sei Dank habe ich hierbei nun schon seit über 10 Jahren immer Ihre gefl. Mithilfe und Unterstützung gefunden und ich hoffe, dass ich auch dieses Mal auf Grund Ihrer gütigen persönlichen Einschaltung die immer wieder auftretenden Schwierigkeiten in der Lage sein werde, diese zu übertrumpfen.

Für heute möchte ich nun schliessen und Ihnen für Ihre Bemühungen im voraus herzlich danken.

Mit den besten Empfehlungen an Ihre Gattin, von der ich durch meine Frau hörte, dass sie wieder gut dort gelandet ist, und gleichzeitig vielen Grüssen an Ihre Familie sowie Sie selber, verbleibe ich

Ihr sehr ergebener



Heinz H e i n r i c h

i.Fa. **Walter Reich**

Arzneimittel-Großhandlung

Berlin NO 18 / Heidelberg

Berlin NO 18, den 16. Juli 1947

Herrn

Dr. Dr. Hermann H e i m e r i c h

H e i d e l b e r g.

22. Juli 1947

H/Z

Betr.: Gewerbepolizei-Genehmigung.

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich :

Auf Grund eines heute mit meiner Frau geführten Ferngesprächs habe ich mit Erstaunen davon gehört, dass die Gewerbepolizei in Heidelberg der Firma dortselbst die Genehmigungserteilung versagt.

Ich möchte Sie nun hierdurch höflichst bitten, sehr geehrter Herr Dr. Heimerich, Ihren Einfluss geltend zu machen, wozu ich noch kurz zu der Einstellung der Gewerbepolizei folgende Erläuterungen gebe:

In der Genehmigung des Präsidenten des Landesdirektoriums Mannheim, Abteilung Wirtschaft, vom 2.10.45 Nr. 3190/III wird auf die Anmeldung bei der Polizeidirektion Abteilung II in Heidelberg hingewiesen. Diese Anmeldung ist in Mitteilungsform durch Sie am 15.10.46 erfolgt. Nach Rücksprache mit Ihnen und Herrn Dr. Otto ist nach Gründung der G.m.b.H. eine weitere Antragsstellung nicht erfolgt, da dies bereits zwischenzeitlich durch die gegebene Mitteilung geschehen war.

Nachdem ich meinen Betrieb in Heidelberg eröffnet habe, wird nunmehr plötzlich nach Monaten die Angelegenheit erneut aufgerollt, was mir bereits kurz vor meiner Abreise vertraulich mitgeteilt wurde (s. hierzu mein an Sie gerichtetes Schreiben vom 2.6.47).

Die Gewerbepolizei verlangt, nach Rücksprache mit meiner Frau, u.a. Angaben. ~~die Mitteilung~~ über die Höhe des Umsatzes. Meiner Ansicht nach kann dies nur eine Folgeerscheinung auf Grund der Eingabe der Konkurrenzen sein, denn bei einer Genehmigungserteilung für eine Neueröffnung ist ja zunächst gar kein Umsatz vorhanden. Wie bereits in meinem erwähnten Schreiben vom 2.6.47. zum Ausdruck gebracht, handelt es sich hier darum, dass meine Firma auf Grund der Lieferfähigkeit den dortigen Konkurrenzen ein Dorn im Auge ist, so dass von diesen diese Aktion durch die Gewerbepolizei gestartet wurde. Mein Umsatz in Heidelberg ist selbstverständlich zunächst noch gering. Da ich meinen Betrieb jedoch erst



nach und nach in Gang bringen kann, können m.E. irgendwelche Rückschlüsse in keiner Weise gefolgert werden.

Sie sehen, sehr geehrter Herr Dr. Heimerich, dass mein Kampf gegen die Behörden, Wirtschaftsverbände etc. anscheinend niemals abreißt. Gott sei Dank habe ich hierbei nun schon seit über 10 Jahren immer Ihre gefl. Mithilfe und Unterstützung gefunden und ich hoffe, dass ich auch dieses Mal auf Grund Ihrer gütigen persönlichen Einschaltung die immer wieder auftretenden Schwierigkeiten in der Lage sein werde, diese zu übertrumpfen.

Für heute möchte ich nun schliessen und Ihnen für Ihre Bemühungen im voraus herzlich danken.

Mit den besten Empfehlungen an Ihre Gattin, von der ich durch meine Frau hörte, dass sie wieder gut dort gelandet ist, und gleichzeitig vielen Grüßen an Ihre Familie sowie Sie selber, verbleibe ich

Ihr sehr ergebener

*K. W. K.*



2. Unterschriften von ...  
16. Juli 1947 .  
246/7

Dr.H ./M.

- 5 -

Herrn

Prof.Dr.Ing.Edgar H o t z  
Ministerialrat im  
Wirtschaftsministerium

S t u t t g a r t .

Sehr geehrter Herr Ministerialrat !

Ich erlaube mir Ihre Aufmerksamkeit auf folgenden Sachverhalt zu lenken .

Es scheinen in Nordbaden bei einigen Stellen, die uns im einzelnen nicht bekannt sind, Bedenken gegen Gewerbezulassungen aufgetaucht zu sein , die der Präsident des Landesdirektoriums Mannheim, Abtg. Wirtschaft, im zweiten Halbjahr 1945 erteilt hat . Jedenfalls wird von der einen oder anderen Seite die Rechtsgültigkeit dieser Lizenzierung angezweifelt, meines Erachtens zu Unrecht . Nach einer Auskunft des städtischen Gewerbeamts in H e i d e l b e r g soll die Angelegenheit jetzt grundsätzlich nachgeprüft und über den Landesbezirksdirektor des Innern in Karlsruhe dem Wirtschaftsministerium in Stuttgart zur Entscheidung vorgelegt werden .

Ich selbst bin interessiert an folgendem Fall :

Ich vertrat u.a. viele Jahre hindurch während meiner inneren Emigration in Berlin die dortige Arzneimittel-grosshandlung Walter R e i c h ( Inhaber Heinz Heinrich ) . Es handelt sich um eine sehr angesehene Firma mittlerer Grösse. Ich habe mich für diese mittleren Arzneimittel-grosshandlungen besonders deswegen interessiert, weil sie in hartem Kampfe mit den wenigen Grossfirmen des Arznei-



16. Juli 1947

44/17

Dr. H. H. H.

Dr. H. H. H.  
Ministerialrat  
Wissenschaften

1. Juli 1947

Sehr geehrter Herr Ministerialrat!

Ich erlaube mir, Ihnen hiermit meine Aufregung zu bekunden.

Respektvollst mit freundlichen Grüßen

Es haben in Potsdam bei einem kleinen Kreis von einflussreichen Persönlichkeiten, die in der Wissenschaft und in der Politik tätig sind, im Jahre 1947 eine Konferenz stattgefunden. Diese Konferenz hatte zum Zweck, die Lage der Wissenschaft in Deutschland zu erörtern und Wege zu finden, um die Wissenschaft zu fördern. Ich habe an dieser Konferenz teilgenommen und habe mich sehr an der Arbeit beteiligt. Ich habe dabei festgestellt, dass die Wissenschaft in Deutschland in einer sehr schwierigen Lage ist. Die Wissenschaftler sind in der Regel sehr fleißig und sehr kompetent, aber sie haben keine Möglichkeit, ihre Arbeit zu finanzieren. Die Regierung hat keine Mittel für die Wissenschaft bereitgestellt, und die Wissenschaftler müssen sich selbst um ihre Existenz kümmern. Ich habe versucht, die Lage der Wissenschaft in Deutschland zu erklären, aber ich habe keine Möglichkeit gefunden, dies zu erreichen. Ich habe deshalb beschlossen, Ihnen meine Aufregung zu bekunden. Ich hoffe, dass Sie meine Aufregung verstehen werden und dass Sie Maßnahmen ergreifen werden, um die Lage der Wissenschaft in Deutschland zu verbessern.

Ich selbst bin interessiert an folgenden Themen:

1. Die Förderung der Wissenschaft in Deutschland.  
2. Die Lage der Wissenschaft in der Sowjetunion.  
3. Die Lage der Wissenschaft in den USA.  
4. Die Lage der Wissenschaft in Frankreich.  
5. Die Lage der Wissenschaft in Großbritannien.  
6. Die Lage der Wissenschaft in der Schweiz.  
7. Die Lage der Wissenschaft in der Niederlande.  
8. Die Lage der Wissenschaft in Belgien.  
9. Die Lage der Wissenschaft in Italien.  
10. Die Lage der Wissenschaft in Spanien.



mittelgrosshandels, wie der Hageda, der Firma Andreä-Noris-Zahn u.ä. lagen . Diese Grossfirmen hatten es verstanden, Bindungen mit den Grossfirmen der chemischen Industrie einzugehen ~~um~~ auf diese Weise zu verhindern, dass die mittleren Arzneimittelgrosshandlungen mit den Produkten der Firma Merck in Darmstadt, der IG und ähnlicher Grosserzeuger beliefert wurden . Man suchte den mittleren Arzneimittelgrosshandlungen dadurch den Lebensfaden abzuschneiden mit dem Hinweis darauf, dass sie nicht in der Lage wären, ein ausreichend assortiertes Lager zu halten . Der Arzneimittelgrosshandel umfasst etwa 30 000 verschiedene Produkte . Ich habe in diesem Kampfe nicht ohne gewissen Erfolg die mittleren Arzneimittelgrosshandlungen, vor allem auch die oben genannten Firma Reich vertreten . Der Firma Reich ist es in der Folge gelungen, Lieferkontingente auch von mehreren Grossfirmen der chemischen Industrie zu erhalten. Allmählich ist die Firma Reich hinsichtlich ihres Umsatzes an die Spitze der mittleren Arzneimittelgrosshandlungen getreten .

Die Firma Reich hat sich hierdurch natürlich auch Feinde gemacht, weil die Grossfirmen des Arzneimittelgrosshandels sie nicht aufkommen lassen wollten .

Durch die Kriegereignisse hat die Firma Reich fast ihre gesamten Lagerbestände in Berlin und Umgebung verloren und grössten Schaden erlitten. Auf meinen Rat hat sich die Firma unter Aufrechterhaltung eines Teilbetriebs in Berlin in Heidelberg ansässig gemacht und hat am 2. Oktober 1945 die abschriftlich beiliegende Genehmigungsurkunde von dem Präsidenten des Landesdirektoriums Mannheim, Abtg. Wirtschaft erhalten . Der Geschäftsbetrieb wurde erst etwas später eröffnet , da es der Firma nur nach Überwindung grosser Schwierigkeiten gelangt, Büro- und Lagerräume in Heidelberg zu



